Mittag=Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Nr. 857. Montag, 7. Dezember (Erscheint täglich drei Mal.) 1874.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 6. Dezember. Die Lösung der Frage des Abschlusses der rumänischen Handlsverträge steht, wie die „Tagespresse" meldet, demnächst bevor und zwar in dem Sinne des von der österreichischen Regierung bereits vor längerer Zeit gemachten Vorschlages, welcher damals von der Pforte abgelehnt worden war, neuerdings aber sowohl von der deutschen wie von der russischen Regierung unterstützt worden ist. Nach diesem Vorschlage wird die Pforte ihren sämmtlichen Vasallenstaaten analog der Stellung Egyptens durch einen Ferman das Recht, mit den auswärtigen Mächten Handelsverträge abzuschließen, ertheilen. Die Regierungen von Frankreich und England, sollen dem Vernehmen der „Tagespresse" zufolge, diesem Vorschlage zustimmen und gleichfalls beabsichtigen, demnächst mit Rumänien Handelsverträge abzuschließen.

Versailles, 5. Dezember. [Nationalversammlung.] In der heutigen Sitzung wurde die Diskussion der Gesetzesvorlage über die Freiheit des Unterrichts an den höheren Lehranstalten fortgesetzt. Der Bischof Dupanloup wandte sich gegen den Abgeordneten Chalemel-Lacour, welcher in seiner gestrigen Rede den Gesetzentwurf bekämpft und dabei der Uebergriffe der katholischen Kirche Erwähnung gethan hatte. Dupanloup suchte dagegen im Verlaufe seiner Rede nachzuweisen, daß die größte Gefahr vielmehr zur Zeit in den bedenklichen Fortschritten des Materialismus und Atheismus zu suchen sei. Schließlich erklärte der Redner, daß sich Chalemel bei seiner Interpretation des Syllabus im Irrthum befunden habe. Chalemel hielt in seiner Entgegnung die Behauptungen seiner gestrigen Rede aufrecht und erklärte schließlich, daß er auf die persönlichen Angriffe des Bischofs Dupanloup nicht eingehen werde. Er stelle die Entscheidung hierüber der öffentlichen Meinung anheim. Nachdem noch der Abgeordnete Bardoux gegen den Gesetzentwurf das Wort ergriffen hatte, beschließt das Haus mit 553 gegen 133 St. zur zweiten Berathung des Entwurfes überzugeben.

Bayonne, 5 Dezbr. General Loma hat sich mit 10,000 Mann nach Guipuzcoa eingeschifft, wo ein Armeecorps die Grenze zwischen Irun und Vera besetzt hält. — Die aus carlistischer Quelle stammende Nachricht von der Niederlage Despujol's ist unbegründet.

Rom, 5 Dezember. Der Präsident des Senats, Des Ambrois di Nevache, ist in der Nacht zum 4. d. M. plötzlich gestorben. Aus Veranlassung des Trauerfalls haben heute der Senat und die Deputirtenkammer keine Sitzung gehalten.

Petersburg, 6 Dezember. Die große Parade des Gardecorps, welche gestern Mittag vor dem Kaiser Alexander und in Gegenwart des Prinzen Albrecht von Preußen, sowie der übrigen zum Georgs-Ordenfeste geladenen preußischen Gäste auf dem Marsfelde stattfand, war von freundlicher und milder Witterung begünstigt und nahm einen sehr glänzenden Verlauf. Heute findet zu Ehren des Prinzen Albrecht ein größeres Diner im kaiserlichen Palais statt. Für Mittwoch ist eine Jagd im Parke von Lissino (8 Meilen von der Nicolai-Bahn entfernt) in Aussicht genommen. — Der Kaiser hat jetzt einer aus mehreren Ministern bestehenden Konferenz, deren Vorsitz der Domänenminister, Wirkliche Geheime Rath Walujeff führt, den Auftrag ertheilt, „über die Veranlassung zu den Wirren in einigen höheren Lehranstalten einen gutachtlichen Bericht zu erstatten." Die Meldungen einzelner auswärtiger Blätter von der angeblich bereits erfolgten Einsetzung einer bezüglichen „Untersuchungskommission" sind hiernach richtig zu stellen.

Belgrad, 5. Dezember. In den letzten Tagen des vorigen Monats ist die gesetzgebende Versammlung, die Scuptschina, zusammengetreten. Am 3. d. begann dieselbe die Adreßdebatte. Die Majorität und die Minorität des Ausschusses überreichten je einen Adreßentwurf. Der Entwurf der Majorität sprach sich unter anderm für die Schutzzölle und für die Aufhebung der Klostergüter aus und führte gegen die Pforte eine drohende Sprache. Die Regierung erklärte ihn deßhalb für unannehmbar. Es entspann sich darüber eine heftige Debatte, die gestern noch fortgesetzt wurde. Ein Deputirter wurde wegen seiner Aeußerungen über die Person des Fürsten, nach Beschluß der Versammlung, für einen Monat von der Theilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen. Bei der heute auf die Debatte folgenden Abstimmung hat das Ministerium nur eine Majorität von 3 Stimmen erhalten und in Folge dessen seine Entlassung erbeten. Der Fürst ist mit der Bildung eines neuen Kabinets beschäftigt.

Belgrad, 6. Dezember. Das neue Ministerium ist konstituirt und besteht aus: Zumitsch, Ministerpräsident und Minister des Innern; Pirotschanatz, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Mijatovitsch, Finanzminister; Garaschanin, Minister für Kommunikationen; Bogitschevitsch, Justizminister; Protitsch, Kriegsminister; Novakovitsch, Kultusminister. Das Ministerium will nach Außen eine loyale Friedenspolitik befolgen, im Innern aber den Weg liberaler Reformen einschlagen.

Buenos-Ayres, 4. Dezember. Es bestätigt sich, daß sich der General Mitre am 2. d. M. dem Obersten Arias auf Diskretion ergeben hat. Die Ruhe erscheint demnach in dem Staate Buenos-Ayres definitiv wiederhergestellt.

Buenos-Ayres, 5. Dezember. Der Regierung ist die amtliche Meldung zugegangen, daß sich der General Mitre mit seinem Insurgentencorps den Regierungstruppen auf Diskretion ergeben hat, nachdem er von den letzteren in die Flucht geschlagen und auf der Flucht eingeholt worden war. In der Provinz Buenos-Ayres ist die Ruhe wiederhergestellt. Die Regierungstruppen verfolgen den Insurgentenführer Arredondo, dessen Avantgarde ebenfalls eine Niederlage erlitten hat

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung.

Berlin, 5. Dezember, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst Bismarck, Delbrück u. A.

Ein Schreiben des Reichskanzlers, das von der Absicht des bairischen Justizministeriums die „Süddeutsche Post" wegen Beleidigung des Reichstags strafrechtlich zu verfolgen Kenntniß giebt, wird an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltes wird fortgesetzt. Der Etat des Reichseisenbahnamtes veranlaßt den Abg. Wölfel den Wunsch auszusprechen, daß die in Aussicht genommene Ernennung von Reichseisenbahn-Kommissarien doch recht bald erfolgen möge. Besonders nothwendig wird ihre Thätigkeit an den Knotenpunkten sein, wo Eisenbahnen sich schneiden, an denen mehrere Bundesstaaten als Eigenthümer oder Miteigenthümer betheiligt sind. Ganz besonders fordern dazu die Uebelstände in der Verwaltung der Thüringischen Eisenbahn auf, an der Preußen, Sachsen-Weimar und Sachsen-Koburg-Gotha betheiligt sind; jeder der drei Staaten bestellt einen Direktor, die zugleich die staatliche Aufsicht führen und Mitglieder des Verwaltungsrathes sind. (Hört! Hört!) Dem Redner selbst sind in einer streitigen Angelegenheit zwei Schreiben Seitens der Thüringischen Eisenbahn-Verwaltung zugegangen, beide von demselben Hrn. Eggert unterzeichnet, das eine Mal in seiner Eigenschaft als Direktor, das andere Mal als königlicher Eisenbahn-Kommissar. Ein solches Verwaltungsorgan ist in ganz Deutschland eine Monstrosität. Die bei solchen Verhältnissen Geschädigten, Aktionäre sowohl wie Reisende, können nirgend anders Hülfe erwarten als vom Reiche her. Eine Kontrole der Verwaltung dieser Bahn seitens des Reiches, wenn auch vorläufig nur durch einen Kommissarius ad hoc, würde manchen Uebelständen abhelfen. Als Beispiel der mangelhaften Rücksichtsnahme seitens der Verwaltung der Thüringer Bahn führt Redner an, daß man auf einer kurzen Strecke von 6 Meilen 8 Mal aussteigen müsse. (Hört!) Die Beamten sind mürrisch und unter ihrem Mißmuth hat das Publikum zu leiden. Das Unglück von Frottstädt entstand lediglich dadurch, daß die Weichensteller aus Ersparnißrücksichten auch mit andern Arbeiten beschäftigt wurden, so daß sie auf ihre eigentliche Hauptthätigkeit nicht die genügende Aufmerksamkeit verwenden konnten; so wurde ein Hilfsweichensteller nebenbei zum Ausladen verwendet, ein etatsmäßiger Weichensteller wurde nur als Telegraphist benutzt. Jedenfalls ist die Frage der Reichseisenbahnkommissarien in Erwägung zu ziehen und der Reichstag wird die Mittel für eine so heilsame Einrichtung nicht versagen.

Abg. Träger schildert die Verhältnisse der thüringischen Eisenbahn als ein „Mecklenburg" in Thüringen (Heiterkeit); sie wird so verwaltet, als ob die Direktion glaubte, die thüringische Bahn sei zuerst auf der Welt geschaffen und dann erst die anderen Länder umher. In dem preußischen Direktor ist ein Monstrum geschaffen, wie es sich in der Geschichte der Eisenbahnen nicht wiederholt. Während sonst die staatliche Aufsicht von einem von der Direktion unabhängigen Organe ausgeübt wurde, hat man hier einen lebendigen Menschen in zwei Hälften geschnitten, die sich in ihren Interessen diametral entgegen stehen. Die eine Hälfte soll für die Interessen der Eisenbahn, die andere Hälfte für die einen möglichst coulanten und bequemen Verkehr sorgen. Während die eine Häfte, der Eisenbahn-Direktor, mit allen menschlichen Schwächen behaftet ist, soll die andere im Flügelkleide einer wahrhaft seraphischen Reinheit dastehen! (Heiterkeit). Es wird zur gehörigen Ausfüllung eines solchen Amtes eine administrative und technische Qualifikation nöthig sein, die sich kaum in einer Person vereinigt finden läßt. Der preußische Direktor ist vollkommen souverän in Betreff des Tarifes, der Anschlüsse, des Fahrplanes, des Güterverkehrs und der Sicherheitsmaßregeln. Die technischen Direktoren haben lediglich eine berathende Stimme. Es ist dem preußischen Direktor allerdings ein Adlatus in einem Mitgliede des Eisenbahn-Kommissariats gegeben, aber dieser hat keine Exekutive, keine Initiative, wird nur im Allgemeinen auf dem Laufenden erhalten und nur in Nothfällen von dem Direktor zu Hilfe gerufen, wenn die Sache so tief hinein geritten ist, daß man ein Vorspann braucht. Der Vorredner hat schon das Unglück von Frottstädt erwähnt; was ist denn eigenlich aus der Sache geworden? Mit musterhaftem Eifer hat der Staatsanw. Morchutt die Voruntersuchung eingeleitet, aber das Gothaische Mitglied der Direktion entblödete sich nicht, seine Wirksamkeit während dieses Stadiums durch Zeitungsveröffentlichungen zu lähmen, ihm überall entgegenzutreten. (Hört! hört!) Es war ein werthvolles Material gesammelt, die Zeugen waren vereidet, aber das Gothaische Kreisgericht wies die Anklage zurück, und das Appellationsgericht in Eisenach bestätigte diese Zurückweisung. Ein Mitglied des Kreisgerichts in Gotha war Mitglied des Verwaltungsraths, dasselbe war bei einem Mitgliede des Appellationsgerichts der Fall. Wenn nun aber auch die Richter in ihrem Charakter rein und unantastbar sind, so steht doch das Publikum nicht auf diesem unbefangenen Standpunkte, und wenn die Klage wegen des mangelnden Kausalnexus zurückgewiesen wurde, so erkannte das Publikum darin einen anderen Kausalnexus. (Heiterkeit.) Der Staatsanwalt Morchutt hat die Resultate seiner Untersuchung zu seiner Rechtfertigung veröffentlicht und daraus ergab sich zur Evidenz, daß zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Es wurde auch eine offizielle Aufforderung zur Disziplinaruntersuchung erlassen, von deren Erfolg man jedoch nichts hört. Die Gefährlichkeit der Thüringischen Bahn wurde noch größer, als Anschluß und Konkurrenzbahnen entstanden; die Thüringische Bahn suchte dieselben durch Chikaniren, Manöver und Intriguen todt zu machen. So wurde der Schnellzug von Leipzig nach Halle und Kassel lediglich dadurch unmöglich gemacht, daß man in Leipzig niemals Billets zu diesem Zuge bekommen konnte, so daß die Passagiere immer auf die Thüringische Bahn übergeleitet wurden. Der gemeinschaftliche Bahnhof in Großheringen konnte nur dadurch hergestellt werden, daß die Saal- und die Saal-Unstrut-Bahn auf ihre Kosten auch die Baulichkeiten herstellen, welche zugleich den Zwecken der Thüringischen Bahn dienten. Als die Saal-Unstrut-Bahn, zu deren Verwaltungsrath der Redner gehört, ihren Fahrplan feststellen wollte, fragte sie bei der Thüringer Bahn an, ob gewisse Züge beibehalten würden, um danach ihren Anschluß zu bestimmen; bald darauf gelangte eine vertrauliche Mittheilung an die Direktion der Saal-Unstrut-Bahn, daß die Direktion der Thüringer Bahn wegen der Abwesenheit des preußischen Direktors Eggert einen Beschluß nicht gefaßt, sich aber für die Beibehaltung der Züge ausgesprochen habe. Danach setzte die Direktion der Saal-Unstrut-Bahn ihren Fahrplan fest. Der Direktor Eggert kehrte zurück, die betreffenden Züge wurden unter seinem Einfluß verändert und nun fährt die Saal-Unstrut-Bahn nach einem ganz wahnwitzigen Fahrplan ohne jeglichen Anschluß. Das ist eine Benachtheiligung der ganzen Gegend und der finanziellen Interessen der Eisenbahnen. Es wird sogar auf der Thüringischen Eisenbahn nicht mitgetheilt, wenn die Züge der anderen Bahnen fahren, ihre Fahrpläne werden nicht ausgehängt. Ein Subalternbeamter sagte auf die Frage, wann der Zug der Saal-Unstrut-Bahn gebe: „Ja, das ist unbestimmt; es kommt darauf an, ob die nöthige Zahl der Reisenden zusammenkommt." (Heiterkeit.) Die Subalternbeamten sind doch nur zu leicht Nachahmer ihrer Vorgesetzten und sehen ihnen leicht ab, wie sie sich räuspern und wie sie spucken. Man geht in Weimar seit längerer Zeit damit um, ein Eisenbahn-Kommissariat zu gründen, um die südlichen Anschlußbahnen vor dem Unglück der nördlichen zu bewahren. Man zögert nur noch, weil man auf Reichshilfe hofft. Wenn die Beschwerden des Publikums nicht zahlreich genug eingelaufen sind, so liegt das darin, daß der Deutsche stillschweigend eine gewisse Verpflichtung anerkennt, sich auf Reisen von Beamten, namentlich von uniformirten, schlecht behandeln zu lassen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Jedenfalls wäre die Beseitigung dieser Uebelstände sehr zu wünschen.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Maybach: Die Frage der Reichseisenbahnkommissarien ist reiflich in Erwägung gezogen, man hat aber davon Abstand genommen, weil es sich jetzt noch zu schwierig erwies, die Kompetenzen dieser Beamten so abzugrenzen, daß sie eine gedeihliche Wirksamkeit ausüben konnten. Diese gedeihliche Wirksamkeit zu sichern, wird Sache des Reichs-Eisenbahngesetzes sein, dessen Vorlage in der nächsten Session gehofft werden kann. In diesem Gesetz werden auch Bestimmungen enthalten sein müssen, welche den Wirkungskreis der Reichsaufsichtsbehörden gegenüber den Aufsichtsbehörden der Einzelstaaten abzugrenzen haben. Die Beschwerden gegen die Verwaltung der Thüringischen Eisenbahn sind an die preußische Regierung zu richten, von der jedenfalls auch Abhilfe geschafft werden wird. Die Verfassung der Direktion ist allerdings eine anomale, allein sie beruht auf Staatsverträgen und kann nur durch eine Abänderung derselben beseitigt werden. Was die Klagen über die Betriebsleitung angeht, so sind sie mit Interesse vernommen und ich darf die Zusicherung geben, daß, soweit die Zuständigkeit der Reichsbehörde reicht, sie untersucht werden sollen; sollte dazu die Absendung eines Kommissarius ad hoc nothwendig sein, so wird auch das nicht unterlassen werden. (Beifall.)

Abg. Richter (Meißen) findet in der neulich stattgehabten Tariferhöhung einen Verstoß gegen Art. 45 der Verfassung: „Das Reich hat namentlich dahin zu wirken, daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt wird." Man hat an die Tariferhöhung immer nicht glauben wollen, weil man im Reiche und besonders im Reichseisenbahnamte einen genügenden Schutz zu haben glaubte. Was war nun der Grund zur Tariferhöhung? Nicht die Eisen- und Kohlenpreise, die waren, als sie erfolgte, schon bedeutend herabgegangen. Dann sagt man, es sei im Staatsinteresse, die Tarife zu erhöhen, denn dadurch würden die Steuerzahler entlastet. Das wäre richtig, wenn alle Steuerzahler ihren Steuern entsprechend auch die Eisenbahnen benutzten. Das ist aber nicht der Fall, die Tariferhöhung ist also ein wirthschaftlicher Fehler; zum Zeugniß führt Redner die Rheinische Eisenbahn an, welche sich bis zuletzt geweigert hat eine Tariferhöhung eintreten zu lassen, weil sie von der richtigen Annahme ausging, daß im Falle einer Erhöhung die Transporte den Wasserweg wählen würden. Die Koalition der übrigen Bahnen und besonders die Drohung mit der Aufhebung der Tarifverbände hat auch diese Bahn zur Tariferhöhung gedrängt. Wegen der ungünstigen Handelsbilanz Deutschlands muß besonders dahin gestrebt werden, die Exportfähigkeit zu heben und man ergreift Maßregeln, die nicht nur das Rohmaterial vertheuern, sondern auch den Transport nach den Seeplätzen bedeutend kostspieliger machen. So sehr eilig war es mit der Erhöhung des Tarifes doch nicht, daß man nicht wenigstens erst den Reichstag hätte hören können. Die Eisenbahnen haben sich gegen die beabsichtigte Tarifreform gesträubt und erst nachdem ihnen zugestanden, daß damit eine Erhöhung der Tarife verbunden sein sollte, haben sie ihre Zustimmung gegeben. Es ist also zu fürchten, daß die interimistische Erhöhung eine fortdauernde bleibt und damit dem Handel und dem Verkehr entschiedene Nachtheile bringt. Die Anregung dieser Frage wird hoffentlich genügen, das Schädliche der Tariferhöhung klar werden zu lassen, damit sie so bald als möglich beseitigt und erst dann eine Tarifreform gegangen wird. (Beifall.)

Abg. v. Unruh (Magdeburg): Der Vorredner tadelte die Tariferhöhung, er sprach sogar von Verletzung des Artikel 45 der Verfassung. Dieser Artikel ist auch ein Produkt jener Strömung, die sich allerdings schon gemäßigt hat, jener Strömung, durch den Staat auf die Eisenbahnen zu drücken. Wie man von einer Verfassungsverletzung sprechen kann, dazu reicht mein Verstand nicht hin. Auch die Staatsbahnen haben nicht die Verpflichtung, unter den Selbstkosten zu fahren. Wer aber verlangt, daß recht viele Staatsbahnen gebaut, daß sie ohne Rücksicht auf ihre Einträglichkeit verwaltet werden, und daß man den Transport erleichtere, die stellen sich mehr oder weniger auf den Standpunkt des Staatskommunismus. Wenn der Staat unter den Selbstkosten fährt, wenn er nicht einen mäßigen Zins und eine gewisse Amortisationsquote verdient, so fährt der Staat auf Kosten der Steuerzahler. (Sehr richtig!) Der Vorredner hat gegen die Tariferhöhung, als ob sie etwas ganz Unerhörtes, Unglaubliches wäre, gesprochen, während doch die Selbstkosten ganz außerordentlich gestiegen sind durch das Material, die Arbeitslöhne und die an die Eisenbahnen gestellten Forderungen. Die Eisenbahnen sollen möglichst schnelle und viele Züge machen, an möglichst vielen Anhaltepunkten anhalten, die Bahnhöfe bequemer machen u. s. w., und das mit Recht, aber dann bezeichne man auch nicht die Tariferhöhung als etwas Unerhörtes. Daß die Kohlenbesitzer oder die Kohlenwerke des Staates ihre Kohlen für die Selbstkosten abgeben sollen, hat man noch nicht verlangt. Das Privilegium der Eisenbahnen hat meist keinen Reiz mehr, man bringt keine Bahn mehr zu Stande, wenn man nicht mit Reizmitteln hinzutritt, mit Staatsgarantien und anderen Manövern. In den großen Kohlenrevieren existirt faktisch ein Privilegium. es giebt ihrer nicht viele und ihre Besitzer verständigen sich leicht. Nun soll man nicht im Allgemeinen die Tariferhöhung gebieten oder verbieten, sondern die Selbstkosten der einzelnen Bahnen genau ermitteln mit Rücksicht auf die Kosten des Bahnbaues pro Meile, die Steigungen und den dadurch bedingten Kohlenverbrauch, um die erforderliche Zugkraft zu produziren. Die Eisenbahnen können unmöglich mit demselben Frachtsatze wie die Schifffahrt fahren. Der genehmigte Tarif bedeutet nur das Maximum, das erhoben werden darf. Eine Zeit lang galt in der preußischen Verwaltung der Grundsatz, daß die Bahnen, die gewisse Güter oder auf einer gewissen Strecke für einen geringeren Satz fahren wollten, dieses nicht durften, sondern den vollen Satz nehmen mußten. Das steht im Widerspruch mit allen Tarifgenehmigungen auf anderen Gebieten. Ich warne vor ungemessenen Ansprüchen gegen den Staat und gegen die Eisenbahnen. (Zustimmung)

Präsident Maybach: Ausführlicher wird diese Frage bei der Berathung der Petitionen, die zu dieser Angelegenheit eingegangen sind, erörtert werden. Ich will nur kurz erwähnen, daß die Tariferhöhung nur eine vorübergehende Maßregel sein soll, weil die finanziellen Verhältnisse der Eisenbahnen einer solchen Unterstützung bedurften, um nicht das ganze deutsche Eisenbahnnetz in seiner Entwickelung zu hemmen. Es ist dem Bundesrathe auch schon eine Denkschrift überreicht worden, um den Ausschreitungen einzelner Eisenbahnen zu begegnen. In dem Art 45 hat das Reichseisenbahnamt eine Schranke für diese Maßregel nicht erkannt und auch nicht geglaubt, daß eine Behandlung dieser Frage im Reichstag zuläßig sei, bevor ein Reichseisenbahngesetz erlassen worden ist.

Der Etat des **Reichseisenbahnamtes** wird darauf genehmigt. Es folgt der Etat des **auswärtigen Amtes**. Sämmtliche Positionen werden genehmigt bis zur neunzehnten, der gestern zurückgezogenen Dotation für den Gesandten bei der römischen Kurie, welche den Abg. **Windthorst** zu folgenden Bemerkungen veranlaßt: In dem Etat, der am 4. November an das Haus gelangte, befand sich noch die Position für diesen Gesandten, und in der Gruppe, die sich mit dem Etat des auswärtigen Amtes beschäftigte, erklärte der Kommissar, daß dieselben Gründe für Aufrechterhaltung des Postens noch immer vorhanden seien, die in früheren Jahren für seine Aufnahme in den Etat sprachen und an dem Herrn Reichskanzler einen so beredten Vertreter fanden. Am 4. Dezember wurde die Position zurückgezogen: was ist in den vier Wochen geschehen? Was hat diese Wandlung in Verhältnissen vollbracht, die allerdings thurmhoch über uns liegen? Für den, der die Depeschen des Herrn von Keudell nicht kennt, können die Ursachen nur hier in Berlin liegen. Sehr überrascht hat mich übrigens dieses Vorgehen nicht. Es ist die einfache Konsequenz der Politik, welche unter der Leitung des Reichskanzlers schon lange im Innern und nach Außen geltend gemacht wird. Es ist aber gut, daß volle Klarheit geschafft wird, damit Jeder wisse, woran er ist. Ich habe nicht die Absicht zu beantragen, die Position wieder aufzunehmen; denn ich weiß, daß dieser Antrag einen Erfolg hier im Hause **heute** nicht hat. Es wird eine Zeit kommen, wo die geehrten Herren dort (zur Rechten), die ja mit der Diplomatie ganz besonders vertraut sind, selbst den Antrag auf Wiederherstellung des Postens einbringen. (Widerspruch.) Man will also klar und bestimmt hier aussprechen: „wir wollen mit den päpstlichen Stuhl ferner nichts mehr zu schaffen haben. Wir können allein fertig werden, und es wird uns schon gelingen, die 15 Millionen Katholiken in Deutschland so zu stellen, daß sie des päpstlichen Stuhles ferner nicht mehr bedürfen." Der heilige Va er wird sich darüber trösten, und die 15 Millionen Katholiken werden fortan überzeugt sein, daß die Regierung Deutschlands ihre religiösen Lebens-Interessen nicht mehr berücksichtigen will. (Widerspruch.) Zur Verfassung der katholischen Kirche gehört unzweifelhaft die Selbstständigkeit des heiligen Stuhles; die katholische Kirche ist mit dieser Verfassung, älter als irgend ein Staat in Deutschland, in die deutschen Staatsverhältnisse eingetreten; alle europäischen Verträge, alle Besitztitel, kraft deren die deutschen Fürsten ihren Besitz zum größten Theile haben, erkennen diese katholische Kirche und ihr Oberhaupt an. Wenn man durch die Stellung, die man jetzt einnehmen will, diese Besitztitel also alterirt, so darf man sich nicht wundern, wenn es eine Zeit geben sollte, wo auch andere Leute an diesen Besitztiteln rütteln (Unterbrechung.) — Wenn die Herren mir etwas sagen wollen, so sagen Sie es laut und Sie sollen sofort die Antwort haben. — Wenn man glaubt, daß durch die Zurückziehung des Gesandtschaftspostens in Rom die Katholiken in Deutschland sich vom päpstlichen Stuhle entwöhnen würden, so irrt man sich. Alle die Maßregeln, welche unter den Auspizien des Reichskanzlers in Deutschland und in Preußen gegen die katholische Kirche geführt werden, haben den unzweifelhaftesten Erfolg, daß selbst die lauesten Katholiken zum Leben zurückkehren, und seien Sie versichert, m. H., es bedarf dieses Gesandten nicht, um die Herzen der Katholiken in Deutschland fester und immer fester mit dem heiligen Stuhl zu verbinden. (Beifall im Zentrum.) Auch werden die Katholiken Deutschlands immer den Weg finden, ihre wahren und herzlichen Sympathieen dem Greise zu erkennen zu geben, der im Vatikan sitzt. Es ist bezeichnend, daß das neue deutsche Reich begonnen hat mit einem Kampf gegen die Katholiken, und es ist bezeichnend, daß es sich in solcher Weise vom Oberhaupt der katholischen Kirche lossagen will. Die Leiter der deutschen Politik glauben, die römische Kirche, insbesondere das Primat des heiligen Vaters, zu brechen: es ist der Kampf der Titanen gegen den Himmel. (Heiterkeit links.) M. H., Sie können aus der Mythologie erstaunlich viel lernen. Dieser Kampf, und würde er noch von viel größeren Titanen geführt, wird unzweifelhaft fruchtlos sein. Ganz andere Männer, als die heute leben, haben vergebens ihre Kräfte in diesem Kampfe eingesetzt. Die bedeutendste geistige und materielle Kraft dieses Jahrhunderts war der erste Napoleon, und der hat in diesem Kampfe Alles versucht, was ihm möglich war. Er machte seinen Sohn zum König von Rom. Wo ist dieser Sohn geblieben? Napoleon setzte den Papst in Fontainebleau gefangen, er selbst aber kam zuletzt nach St. Helena und fand daselbst sein Grab. Ich frage, ist es denn etwa rücksichtsvoll gegen die große Zahl von Katholiken, die im deutschen Reiche sind, diese Position zu streichen? Wir sehen, wie für das auswärtige Amt unaufhörlich neue Forderungen gemacht werden; man stattet allmählich das Personal der Gesandtschaften in der Besoldung, in der Wohnung so aus, als wenn man auf immer fünf Milliarden zu erwarten hätte, das Geld aber fehlt, was mindestens in dieser Position einen Ausdruck dafür gab, daß man zum Frieden zurückkehren wolle. Der Schritt, der hier geschehen, sagt mir: wir wollen das nicht. Nun, es ist dies am 4. Dezember gesagt; es ist am 4. Dezember aufgehoben, was am 4 November erklärt wurde; vielleicht dauert es nicht mehr lange, dann spricht man wieder wie am 4. November. Ich meinestheils kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß endlich die traurigen Wirren, welche auf kirchlichem Gebiete die einzelnen Länder und das deutsche Reich zerfleischen, aufhören werden, daß endlich der innere Friede zurückkehrt, dem Wege aber, den man hier betritt, oder den man hier zum schließlichen Ausdruck bringt, wird es nicht gelingen. Davon möge man überzeugt sein. Die Katholiken Deutschlands sind Mannes genug, ihre Rechte, ihre Religion, ihre Würde zu vertreten, sie werden es unbewegt und unentwegt thun, mag kommen was da will. (Beifall im Zentrum.)

Fürst **Bismarck**: Der Herr Vorredner hat seine Aeußerungen mit dem Bemerken und dem Ausdruck der Verwunderung darüber eingeleitet, daß so kurze Zeit vor Eintritt in die Diskussion über die betreffende Budgetposition diese Forderung, die in den Kommissionsverhandlungen vor vier Wochen noch aufrecht erhalten worden sei, zurückgezogen ist. Ich kann ihm mit meiner gewöhnlichen Offenheit die Genesis dieses Entschlusses vollständig darlegen. Wenn Sachen zur Sprache kommen, die ich die amtliche Verpflichtung habe, selbst zu vertreten, so pflege ich mir die letzten Verhandlungen im Reichstage über dieselben anzusehen. Daß ich das nicht wochen- und monatelang vorher thue, wird auch der Vorredner erklärlich finden. Denn für mich hat jeder Tag seine eigenen Sorgen. (Abg. Windthorst: für mich auch!) Bei meiner Durchlesung der letzten Verhandlungen über diese Sache fand ich — und wenn man 1½ Jahre wie diese durchlebt hat, so ist man durch solchen Rückblick oft in gewisses Staunen versetzt, als ob man ein Jahrzehnt zurücksähe — ich fand, daß ich damals einer versöhnlichen und hoffenden Stimmung Ausdruck gegeben hatte, die nach dem, was in diesen 1½ Jahren sich abgesponnen hat, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, ohne Mißdeutungen ausgesetzt zu sein. Ich habe mir gesagt, wenn wir diese Vorlage wieder in Ansatz bringen, so bekunden wir den Entschluß, sie zu halten und zu vertheididen, ich werde also genöthigt sein, für sie zu sprechen; es wird mir sehr schwer werden, dasselbe zu wiederholen, was ich vor 1½ Jahren, wie der Vorredner meinte, mit beredten Worten dafür gesagt hatte, — denselben Ausdruck von Vertrauen und Hoffnung für diese diplomatische Courtoisie möchte ich sagen, mit dem ich damals die Position befürwortete, den auch heute noch auszusprechen. Ich würde dann mißverstanden, jedenfalls aber mißdeutet werden, wie man ja jetzt schon die leise Insinuation in verschiedenen Blättern findet, das deutsche Reich hätte in Rom uneingestandene Schritte gemacht, um den Frieden nachzusuchen auf Bedingungen hin, die eben für keinen Staat annehmbar sind. (Abg. Windthorst: Das glaubt kein Mensch.) — Ich möchte dem Herrn Vorredner dieselbe geschäftsordnungsmäßige Ermahnung wiederholen, die er vorher an diejenigen richtete, die ihn unterbrachen (Heiterkeit), nur weil er selbst so unduldsam in dieser Beziehung war. Es macht ja mitunter Vergnügen, ihn zu unterbrechen; wenn er uns aber das Vergnügen nicht gönnen will, so weiß ich nicht, warum wir es ihm konzediren sollen. Ich sage ihm daher auch: sprechen Sie doch nachher! (Sehr gut! Heiterkeit.) Ich wünschte also die Diskussion zu vermeiden, weil ich gerade in dem Bedürfniß, den Kampf nicht zu schüren, das nicht aussprechen mochte, was der Vorredner mich jetzt doch nöthigt zu sagen. Wir sind ja weit entfernt, den Papst nicht mehr anerkennen zu wollen als das Haupt der katholischen Kirche; das braucht der Vorredner uns nicht in dieser schulmäßigen Weise darzulegen, daß Se. Heiligkeit der Papst das ist; wir erkennen ihn auch in dieser Eigenschaft vollständig an. Aber es ist die Eigenschaft, das Haupt einer Konfession zu sein, welche in Deutschland Bekenner hat, noch kein Grund, eine diplomatische Vertretung bei einem solchen Haupte zu haben. (Sehr richtig!) Ich wüßte nicht, daß wir bei dem Haupte irgend einer anderen Konfession uns diplomatisch vertreten ließen. Ich wüßte auch nicht, daß in anderen Staaten, wo ähnliche Verhältnisse, wenn auch nicht auf der breiten und großen Grundlage, wie sie die katholische Kirche darbietet, die aber doch Millionen Unterthanen umfassen, vorhanden sind, daß z. B. der Kaiser von Rußland bei dem armenischen Patriarchen eine diplomatische Vertretung unterhielt, obschon die armenischen Unterthanen in Rußland auch wohl nach Millionen zählen mögen. Darin liegt immer eine Analogie, und wir sind weit entfernt, irgend wie die Gefühle, welche die Katholiken mit dem Papste verbinden, kränken oder ihnen irgend zu nahe treten zu wollen. Wir erklären nur: wir haben jetzt nicht oder überhaupt nicht das Bedürfniß, diplomatische Geschäfte an dem römischen Stuhle zu machen oder irgend welche Fragen dort auf diplomatischem Wege, wie dies früher wohl geschehen ist, zu verhandeln. Sollte die Nothwendigkeit dafür eintreten, so haben wir in Rom Diplomaten, denen wir Auftrag geben können und haben Leute, die wir provisorisch hinschicken können und sollte sich jemals wiederum das Bedürfniß herausstellen, eine dauernde diplomatische Vertretung in Rom zu haben, so würde es auch gelingen, die gesetzgebenden Faktoren von diesem Bedürfniß zu überzeugen und wir würden dann eine Neubewilligung fordern können. Jetzt fordern wir eine solche nicht, weil die Hoffnungen, die mich vor 1½ Jahren noch leiteten, zu meinem Bedauern in weite Ferne gerückt worden sind. Ich habe die Streichung der Position auch für eine Sache des staatlichen Anstandes gehalten, weil es, so lange das Haupt der katholischen Konfession Ansprüche aufstellt, mit deren Durchführung jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich ist, wo jeder Staat, der sich ihnen unterwerfen würde, unter ein kaudinisches Joch gehen würde und seine eigene Selbstständigkeit zu abdiziren genöthigt wäre, — so lange das Haupt der katholischen Kirche diejenigen seiner Diener, die unabhängig von dieser ihrer Eigenschaft Unterthanen eines Staates des deutschen Reiches sind, in ihrem auflehnenden Verhalten gegen die Gesetze ihres eigenen Vaterlandes ermuthigt und unterstützt, ja, diese Auflehnung von ihnen als eine beschworene Dienstpflicht fordert, es eine Anstandspflicht für das deutsche Reich ist, eine Macht, die solche Ansprüche erhebt, nicht nur nicht anzuerkennen, sondern auch nicht den Schein auf sich zu laden, als beabsichtige es, diese Anerkennung in der Zukunft auszusprechen ohne daß diese unerfüllbaren und für jedes geordnete Staatswesen unannehmbaren Ansprüche zuvor in irgend einer Weise gelöst werden. (Bravo!) — Dabei könnte ich mich im Wesentlichen beruhigen und ich will es im Interesse der Zeit der Herren thun, obgleich ich sonst wohl noch Manches hinzuzufügen hätte über die Anspielungen, die der Herr Vorredner wiederum gemacht, als hätten **wir** einen Kampf begonnen, der **Jahrtausende** alt ist, der in seinen Analogien bis vor die christliche Zeitrechnung zurückreicht, den Kampf zwischen Priester- und Königthum, der im Mittelalter das deutsche Reich zersetzt und seine Spaltungen erzeugt hat. Es ist einfach die Thatsache, daß auf eine Jahrhunderte lange Ruhe von friedlichen Päpsten wiederum ein kämpfender Papst gefolgt ist, der diesen Kampf wieder entzündet hat. Und ich kann Ihnen da doch Spezialdata anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege von 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich fest stand. (Hört! Hört!) Ich will eine bestimmte Thatsache nennen, die mir verbürgt worden ist und die sich in den amtlichen Akten einer deutschen Regierung befindet. Diese deutsche Regierung hatte Anlaß, mit dem damaligen Nuntius in München, Meglia, zu verhandeln über gewisse Arrangements in ihrem eigenen Staate, und im Laufe des Gespräches bekam sie von diesem, wie es scheint, nicht sehr verschwiegenen Prälaten unter Anderen die Bemerkung zu hören: wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen, als die Revolution! (Bewegung.) Ich werde die Beweise dafür in die Oeffentlichkeit zu liefern im Stande sein und der Nuntius wird ja, da er diese Bemerkung unzweifelhaft erfahren wird — er ist jetzt in Paris — sich darüber auslassen können. Diese Revolution fand allerdings nicht statt, dagegen kam der Krieg von 1870. Daß der Krieg im Einverständniß mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden, daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen als auf eine **ganz sichere** Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise — ich will nicht sagen katholischen, sondern die römisch politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort berechtigter oder unberechtigter Weise thätig waren, den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, einen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde, und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fast beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist — über das Alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugniß ablegen zu können, denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht blos aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mittheilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß. — Im Uebrigen will ich prinzipiell auf die Frage hier nicht eingehen, denn der eigentliche Platz, sie zu verfechten und zu besprechen, und wo ich den Herren sehr gern wieder Rendezvous gebe, wird der preußische Landtag sein. (Beifall.)

Abg. **Lucius** (Erfurt): Der Abg. Windthorst hat sich als der Vertreter von 14 Millionen gerirt: das ist er nicht. Ich nehme keinen Anstand zu konstatiren, daß ich früher für die Aufrechthaltung des Postens für den Gesandten beim päpstlichen Stuhl gestimmt habe, weil ich die Hoffnung hegte, daß ein baldiger Friede mit der kathol. Kirche erzielt werden würde. Diese Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt und die Stellung, welche die Abgg. Windthorst und seine Anhänger eingenommen haben, hat die Regierung besonders zu der Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche gedrängt, damit der Friede zwischen den einzelnen Konfessionen nicht getrübt und das Gewissen der Einzelnen vor Uebergriffen geschützt werde. Ich freue mich über die Streichung des Postens, weil dieselbe mir eine Garantie dafür zu sein scheint, daß die Regierung fest entschlossen, von dem eingeschlagenen Wege nicht abzuweichen, sich nicht auf den Weg der Konkordate zu begeben, sondern auf dem Wege der eigenen Gesetzgebung fortzuschreiten.

Abg. **Reichensperger** (Crefeld): Ich will den Worten des Herrn Reichskanzlers nicht Tendenzen unterlegen, die er vielleicht nicht hat, obgleich man uns (dem Zentrum) gegenüber diesen Versuch gemacht hat. Sein Ausdruck „caudinisches Joch" halte ich nur für einen Scherz. Der Herr Reichskanzler motivirte die Streichung des in Rede stehenden Postens damit, daß er sich in der Erwartung getäuscht habe, daß die Kirche sich mit dem Vorgehen der preußischen und der Reichs-Regierung einverstanden erklären würde. Diese Erwartung war eben eine falsche; jetzt sieht man ein, daß die ungeheure Mehrzahl der Katholiken zu den sog. Ultramontanen gehört. Früher hat man nur von einem kleinen fanatischen Häuflein gesprochen. Ich versichere Sie, daß dieser Schritt der Regierung bei den Katholiken schmerzliche Erregungen zur Folge haben wird, die Zahl der Katholiken wird aber durch diesen Schritt nicht vermindert werden, der nur ein Schritt weiter in dem sogenannten Kulturkampf ist. Welcher Art die Kultur ist, für welche dieser Kampf geführt wird, zeigt sich schon jetzt zum Nachtheile des Reiches und wird in Zukunft noch greller hervortreten. Es handelt sich um die Frage, ob das Einzelgewissen in dem Staatsgewissen schlechthin aufgehen soll. Ein Beweis dafür ist, daß man schon im Beginne des Kampfes an den Bischof von Ermland das Ansinnen gestellt hat, jedem Gesetze, welcher Art es auch sei, seine Zustimmung zu ertheilen. Der erste Napoleon war gewiß nicht ultramontan; als sich ihm aber einmal ein Priester vorstellte, welcher den bürgerlichen Eid geleistet hatte und deshalb sicherlich auf Beförderung hoffte, sagte er ihm: „ich sehe in Ihnen nur einen Deserteur Ihrer Fahne." Zu solchen Deserteuren wollen sich unsere Bischöfe und Priester nicht stempeln lassen. Die Mittheilung des Herrn Reichskanzlers bezüglich einer Aeußerung des päpstlichen Nuntius hat mich sehr frappirt. Ich habe kein Mißtrauen gegen die Mittheilung. Sie werden mir aber zugeben, daß ein Bericht über eine Person nicht eher für unbedingt richtig gehalten werden muß, ehe man diese Person gehört hat. Der Nuntius mag vielleicht gesagt haben: Für uns in Italien ist jede Hoffnung vorüber wegen der Revolution, die wir nicht machten, sondern die man dort hervorruft. Eine solche Aeußerung wäre vollkommen gerechtfertigt. Was die Vorgänge am früheren kaiserlich französischen Hofe betrifft, so halte ich doch die Jesuiten für viel zu klug, als daß sie Napoleon III hätten zum Kriege treiben sollen, denn dieser war der größte Gegner des Papstthums. (Widerspruch.) M. H., darüber wird die Geschichte richten, ja sie hat schon gerichtet. Ich bin überzeugt, daß, wenn Napoleon III. gesiegt hätte, die Kirche sich nicht blos in Frankreich, sondern in der ganzen Welt viel schlechter gestanden hätte, als jetzt in Deutschland. Das Werk, das die beiden Napoleoniden begonnen haben, wird nun bei uns fortgesetzt; sie waren auch immer die Verletzten, die sich für das Staats-Interesse opferten. Ich fürchte zwar, daß das jetzige Oberhaupt der katholischen Kirche eine ähnliche Grabschrift erhalten wird, wie Papst Gregor VII., aber für die Zukunft der katholichen Kirche fürchte ich nicht; denn diese ist ihr garantirt in einer Höhe, in die keine irdische Macht hineinragt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. **Varnbüler**: Die Mitglieder des Hauses, wie die Vertreter der Bundesregierungen, gruppiren sich um den Redner, der sehr leise spricht. Auch der Reichskanzler und Präsident Delbrück begeben sich in die nächste Nähe der Tribüne. M. H.! Ich muß mich, mit Rücksicht auf meine schlechte Stimme, auf wenige Worte beschränken, welche den Zweck haben, dasjenige, was der Herr Reichskanzler Ihnen vom Nuntius Meglia angeführt hat, in einigen Zusammenhang zu bringen. In Württemberg war ein Bischof, welcher die Liebe und die Verehrung aller seiner Diözesanen und seines Klerus genossen hat. Er stand im Alter von 70 Jahren, war aber in vollständig rüstiger Gesundheit und im Besitze seiner vollen Geistesfähigkeit. Ganz unerwartet traf ihn der Schlag, daß ihm ein Koadjutor gestellt werden sollte. Die ganze Diözese, das ganze Land, die Regierung, welche mit dem Bischof in den besten Beziehungen stand, war darüber sehr erschreckt, man that daher die „nöthigen Schritte in Rom und die Folge davon war allerdings schließlich, daß diese Maßregel zurückgenommen wurde. Der Hauptgrund für diese Maßregel war, daß der Bischof den Zöglingen der katholischen Theologie in etwas liberaler Weise gestattet hatte, die Vorlesungen in Tübingen zu hören, namentlich auch Vorlesungen der philosophischen Fakultät. Es war bei einem Theile der Katholiken in Würtemberg, namentlich aber in Rom die Ansicht, daß der Klerus seine Zwecke viel besser erfülle, wenn er nicht gebildet, als wenn er wissenschaftlich gebildet sei. Diese Verhältnisse haben zu einer Erörterung mit dem in Würtemberg übrigens nicht akkreditirten Nuntius in München über die Frage geführt, ob der Bischof wirklich einen Koadjutor erhalten soll oder nicht. Bei einer Unterredung, welche der würtembergische Geschäftsträger mit dem Nuntius Meglia hatte, beklagte sich derselbe über die mißliche Lage der katholischen Kirche in ganz Europa und es führte das ungefähr zu der Aeußerung: „Die katholische Kirche kommt zu ihrem Recht nur in Amerika, in England etwa und in Belgien, **der Kirche kann dann allein die Revolution helfen.**" (Hört! hört!) Ich kann für die Richtigkeit dieser Worte ihrem Sinne nach vollkommen einstehen — ich habe in diesem Augenblick den Brief nicht vor mir, aber ich stehe ein für die Richtigkeit dieser Worte ihrem Sinne nach. Ich weiß nun nicht, ob der Nuntius Meglia die Ansichten der römischen Kurie ausgedrückt hat, das kann ich natürlich nicht wissen. Thatsache aber ist, daß er inzwischen Nuntius in Paris geworden ist, also eine wesentlich wichtigere Stellung einnimt, als er sie damals eingenommen hat. Ich habe es für meine Pflicht gehalten die Thatsache, die der Herr Reichskanzler angedeutet hat, aus meiner Erinnerung zu ergänzen. (Bewegung.

Abg. Dr. **Loewe**: Anfangs hatte ich die Zurückziehung der Position für den Gesandten beim päpstlichen Stuhle darum begrüßt, weil ich erwartete, es werden uns unfruchtbare Debatten erspart bleiben und ich bedauerte, daß gleichwohl eine Debatte sich entspann. Nach der Rede des Herrn Abg. v. Varnbüler bedauere ich es jedoch nicht mehr, denn es ist in der That sehr wichtig, im gegenwärtigen Augenblicke solche Thatsachen erhärtet zu sehen, welche ein Beweis dafür sind, daß der moderne Staat mit dem Staate im Staate unter einem infalliblen Haupte nicht bestehen kann. M. H., Sie (im Centrum) sprechen nicht im Namen aller Katholiken; und viele sind Ihnen bisher nur mit schwerem Herzen gefolgt. Die Höhe Ihrer Agitation ist vorüber und wenn der Staat auf seiner Position beharrt, so werden Sie bald ihren vollen Niedergang sehen. Daß er auf derselben beharren wird, dafür ist die Zurückziehung der in Rede stehenden Position eine Garantie. Mit dem Staate aber ist die ganze historische Entwickelung der deutschen Nation, deren Abschluß nur durch die frühere Schwäche der Regierungen verhindert wurde. Die Bemerkungen über Napoleon waren nicht zutreffend; derselbe war ein Despot und wollte sich mit der Kirche in die Herrschaft theilen, um seine eigene Herrschaft sicher zu stellen. Von dem Wege der Konkordate müssen wir uns schon deshalb entfernen, weil das Haupt der katholischen Kirche in Folge der vatikanischen Beschlüsse ein ganz anderes geworden ist, als es früher war. Von liberaler Seite ist schon früher auf die Nachtheile aufmerksam gemacht worden, welche durch die engen Beziehungen mit dem römischen Stuhl und seinem Klerus für die Erziehung der Jugend entstehen mußten. Schon vor zwei Menschenaltern hat Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation gesagt, daß das deutsche Reich sich auf der Freiheit des Individuums auferbauen müsse. Wenn die Regierung diesen Gedanken Fichte's festhält, dann werden auch die versteckten Drohungen des Abg. Windthorst ohne Wirkung bleiben. Möge sie deshalb eifrig fortarbeiten am Reiche der Freiheit und Gerechtigkeit!

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen, und es folgen einige persönliche Bemerkungen. Abg. **Windthorst** bemerkt gegen den Abg. Dr. Lucius, daß er sich nicht für den Vertreter aller Katholiken ausgegeben, vielmehr nur von den Empfindungen gesprochen habe, welche die Streichung der Position für den Gesandten beim päpstlichen Stuhl bei 15 Millionen Katholiken erregen werde. Dem Abg. Dr. Loewe gegenüber erklärt er daß er überhaupt keine Drohungen gemacht habe, also auch keine versteckten. Abg. Dr. **Lucius** glaubt annehmen zu dürfen, daß die Mehrheit des Reichstags die Aeußerung des Abg. Windthorst ebenso aufgefaßt habe, wie er. Abg. Dr. **Loewe** erwartet, daß nach Einsicht des stenographischen Berichtes der Abg. Windthorst in der Unbefangenheit seiner Meinung sich sagen wird, daß in seiner Rede mit Analogieen von St. Helena wirklich Drohungen enthalten seien; worauf Abg. **Windthorst** erklärt: Wenn der Hinweis auf den Gang der Geschichte und den Finger der Vorsehung eine versteckte Drohung ist, so habe ich eine Drohung ausgesprochen. (Heiterkeit.)

Hierauf erklärt sich das Haus im Einverständniß mit der Regierung für die Streichung der Position für den Gesandten beim päpstlichen Stuhl. Die übrigen Gesandtschaftsposten werden ohne Anstand bewilligt.

Der (folgende) Tit. 8 des Etats enthält die für die **Konsulate** erforderlichen Besoldungen.

Abg. **Dickert** richtet bei Position 7 (Konsulat in **Warschau**) die Anfrage an den Reichskanzler, ob die Aussichten auf den Abschluß eines **Handelsvertrages** mit **Rußland** seit den letzten hier

im Hause über diesen Gegenstand gemachten Mittheilungen gestiegen seien. Redner nimmt dabei auf eine Petition der königsberger Kaufmannschaft Bezug, in welcher besonders über den Mangel jeder Rechtssicherheit bezüglich des Binnenhandels in Rußland Klage geführt ist.

Präsident Delbrück erwidert, daß bereits mit der kaiserlich russischen Regierung eine Regelung bezüglich der Hinterlassenschaften deutscher Unterthanen in Rußland getroffen worden sei. Die Uebereinkunft werde voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung dem Hause zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden. Ebenso stehe noch für den Lauf dieser Session der Abschluß einer Konsularkonvention mit Rußland in Aussicht. Durch beide Uebereinkommen fände ein Theil der Beschwerden der königsberger Kaufmannschaft seine Erledigung. Wenn die Verhandlungen mit Rußland wegen eines Handelsvertrages noch nicht zum Abschlusse gekommen seien, so liege dies in dem Umstande, daß es wünschenswerth erschienen sei, erst das Resultat der gleichen Verhandlungen abzuwarten, welche die österreichische Regierung mit Rußland angeknüpft habe. Gegen Zolldifferenzen, welche sich einmal ereignen könnten, gewähre allerdings auch kein Handelsvertrag eine sichere Garantie.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Die übrigen Posten des Titels geben zu keiner Diskussion Veranlassung.

Ein hierher gehöriger Antrag des Abg. Dr. Kapp, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Wahl-Konsuln des deutschen Reichs angewiesen werden, dem auswärtigen Amt genau spezifizirte Abrechnung über ihre sämmtlichen Einnahmen und Ausgaben halbjährlich einzusenden, wird von dem Antragsteller zu Gunsten des folgenden vom Abg. Mosle gestellten Amendements zurückgezogen: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Wahl-Konsuln des deutschen Reichs angewiesen werden, dem auswärtigen Amte eine nähere Angabe ihrer sämmtlichen dienstlichen Einnahmen und Ausgaben jährlich mit dem Jahresbericht einzusenden.

Abg. Dr. Kapp bemerkt, die bisherige Stellung der Konsuln könne, nachdem die deutschen Staaten im Auslande eine einheitliche und gemeinsame Vertretung gefunden, nicht aufrecht erhalten bleiben. Man sei auch in richtiger Beurtheilung der Sachlage auf dem Wege der allmählichen Verwandlung der Wahl- in Berufskonsulate. Manche der heutigen Wahlkonsuln bezögen Einnahmen von 5–9000 Thlr., es bedürfe keiner Ausführung dafür, daß dieselben gehalten sein müßten, darüber Rechenschaft abzulegen.

Abg. Dr. Oppenheim tritt diesen Ausführungen durchaus bei. Die Spitze des Antrages ist in der That gegen die Wahlkonsulate gerichtet. Bisher erfährt die Regierung nur eigentlich, was sie an Zuschuß zu leisten hat; wo ein solches Konsulat keinen Zuschuß erfordert, erfährt man nichts über dessen Einnahmen und Ausgaben und gerade diese Konsulate eignen sich am meisten, in Berufskonsulate umgewandelt zu werden. England, Frankreich, Nordamerika, sind mit dem System der Berufskonsulate vorangegangen, seitdem die Deutschen eine große Nation geworden, haben sie im Auslande mannigfaltige feindliche Strömungen zu bekämpfen, die ihren Handelsbeziehungen in den Weg treten. Dieser Aufgabe sind die Handelskonsuln nicht gewachsen. Schon darum nicht, weil es nicht immer möglich ist, Deutsche zu Wahlkonsuln zu nehmen. Es sind oft Fremde, die kaum der deutschen Sprache mächtig sind, die an dem deutschen Handel nur so viel Interesse haben, als sich mit ihrem eigenen Handelsinteresse verträgt. Es fehlt ihnen in vielen Beziehungen an erprobter Kapazität, durchweg an dem Gefühle der Verantwortlichkeit, weil ihren Generalkonsuln die Macht fehlt, sie zu kontroliren. Es ist vorgekommen, daß bei ausbrechenden Konflikten solche Wahlkonsuln das Interesse des Landes im Auge hatten, dessen Regierung gegenüber sie die deutschen Interessen vertreten sollten, wie wir das 1870 in flagranten Fällen erlebt haben. Wir haben ferner Wahlkonsuln, die mehrere Staaten vertreten, zwischen denen leicht Interessenkonflikte ausbrechen können, und wir ziehen dann unserer natürlichen Gutmüthigkeit wegen meist den Kürzeren. So ein Wahlkonsul ist oft ein Hoflieferant oder Geschäftsmann, der in erster Linie seine Handelsbeziehungen zu erweitern strebt, bei Hoffesten auch gern in seiner Konsularuniform paradirt, aber für die Vertretung unserer Ehre durchaus kein Herz hat. Es ist allerdings nicht möglich, das ganze Wahlkonsulat auf einmal abzuschaffen, aber es ist dringend nöthig, um Konflikten, wie wir sie erlebt haben, vorzubeugen, die Berufskonsulate Schritt für Schritt zu erweitern. Ich wollte das hier betonen, weil es mir ein Gebiet zu sein scheint, wofür die Größe und Ehre der deutschen Nation noch etwas geleistet werden kann.

Bundesbevollmächtigter Ministerial-Direktor v. Philippsborn erklärt, man habe von Hause aus fast nur Wahlkonsulate gehabt. Der Uebergang zu Berufskonsulaten könne nur ein allmählicher sein und hänge wesentlich von dem Vorhandensein geeigneter Persönlichkeiten für das Wahlkonsulat ab. Daß ein solcher Wahlkonsul außer Deutschland noch andere Staaten vertritt, ist ein Ausnahmefall und von besonderer Genehmigung der Reichsregierung abhängig.

Der Antrag Mosle wird hierauf einstimmig angenommen.

Abg. Frühauf hat den Antrag gestellt, den Reichskanzler aufzufordern, auf die Errichtung eines Berufskonsulats in Riga Bedacht zu nehmen.

Abg. Frühauf: Es hat mir scheinen wollen, daß man die Verhältnisse, wie sie in Riga liegen, und wie ich sie durch jahrelangen Aufenthalt am dortigen Platze kennen gelernt, nicht genügend übersehen habe. Die deutsche Kolonie Riga hat mich, wie ich zur sachlichen Legitimation des Antrages bemerke, mich wiederholt um die Geltendmachung meines Einflusses ersucht, damit endlich einmal, nachdem Jahre lang die ärgsten Mißstände geherrscht, ein consul missus angestellt werde. Die Zustände des deutschen Konsulats klingen wie Anekdoten. Der eben verstorbene Konsul zog sich, sobald die Schifffahrt eröffnet und Hunderte von Schiffen in den Hafen zogen, regelmäßig auf seine Villa nach Esthland zurück, und zur Vertretung der ca. 6000 ansäsigen Deutschen etablirte sich ein Kommis dieses Konsuls und glaubte seine neue Würde am besten dadurch zu wahren, daß er möglichst grob und schamlos wurde, daß er die größte Unzufriedenheit des auswärtigen Amtes hervorrief. Solche Zustände herrschten dort lange Jahre und jetzt, wo nun das deutsche Reich errichtet ist, ist es ganz natürlich, daß sich unsere dortigen deutschen Brüder einen erhöhten Anspruch auf den Schutz des Reiches erheben, daß sie annähernd einen ähnlichen Schutz fordern, wie ihn andere Nationen ihren Angehörigen gewähren. Nach der Volkszählung vom Jahre 1867 gab es in Riga Franzosen 59, Engländer 139, Deutsche 4427. Frankreich und England schützen ihre Angehörigen daselbst durch Berufskonsulen. Nach dem Tode des Konsuls ist ein Rennen nach dieser Ehre eingetreten und leider drängen sich jetzt einem on dit zufolge Personen dazu, die am allerwenigsten zur Vertretung der deutschen Brüder dort geeignet sind. Dazu kommt, daß nach der Statistik im Jahre 1868 52 französische, 611 englische und 982 deutsche (also 32 Prozent aller Schiffe) in Riga ankamen. Trotzdem hat England und Frankreich dort Berufskonsuln, Deutschland dagegen nicht! Auch in den kleinen Städten des Landes wohnen dann noch viel mehr deutsche Reichsangehörige, als Vertreter anderer Nationalitäten. In neuester Zeit ist der Zuzug größer als je und es ist nicht daran zu denken, daß ein russischer Kaufmann, der sich zunächst nur für seine Würde und meinetwegen aus Humanität für die Angehörigen interessirt, unserer jetzt so rasch gehenden Gesetzgebung zu folgen vermag. Ich mache noch auf Etwas aufmerksam, was in der Amtsstube des Reichskanzleramtes sehr leicht übersehen werden kann; nur wer dort gelebt hat, wird sich dieses Moments so recht lebhaft bewußt. Sie haben dort einen Hafen mit all den Eigenthümlichkeiten des hohen Nordens, der das Jahr über nur fünf Monate offen ist. Denken Sie sich eine Handelsstadt, wo sich die ganze Arbeitslast des Jahres auf ein Halbjahr zusammengedrängt und wo der betreffende Konsul, der seine eigene Firma repräsentirt für die Tausende, die bei ihm Schutz suchen, Hilfe schaffen soll. Er kann es beim besten Willen nicht. Ich habe während der Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland u. Rußland in Riga und Petersburg gelebt. Mir wurde gesagt, als der Ruf an mich nach Rußland kam: Sie müssen dorthin, weil wir Niemand für den Außenposten haben, agitiren Sie, vielleicht gelingt es. Da kam der deutsche Handelstag mit seiner enormen Ungeschicklichkeit, d. h. mit der Denkschrift, er muthete Rußland zu, mit einem kühnen saltomortale plötzlich in das Freihandelsgebiet hinüberzuspringen. Die Ungeschicklichkeit der Leute vom Handelstag erregte in Petersburger Finanzkreisen ungeheures Gelächter. Wenn Sie keine Berufskonsuln anstellen, dann werden Sie keine zuverlässigen Autoritäten haben, die Ihnen objektiv und genau sagen, wie die Verhältnisse in Rußland liegen, dessen Handelsbeziehungen mit Preußen immer mehr an Ausdehnung gewinnen. Königsberg z. B. ist die erste Theestadt des Kontinents geworden und was unter Karawanen verstanden wird, das sind die Königsberger Kameele. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, m. H., meinen Antrag anzunehmen; den Herrn Reichskanzler aber ersuche ich, die von mir dargelegten Verhältnisse einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen.

Ministerialdirektor v. Philippsborn: Ich ersuche Sie, dem Antrage keine Folge zu geben. Ein Bedürfniß zur Errichtung eines Berufs-Konsulats ist grade in Riga nicht vorhanden. Es finden sich dort Deutsche genug, welche bereit und fähig sind, die ihnen als Konsul obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Was den kürzlich daselbst verstorbenen Konsul betrifft, so hat derselbe in uneigennützigster Weise seinem Amte zwanzig Jahre lang vorgestanden und ist stets in seiner Abwesenheit ausreichend vertreten worden. Ich wiederhole also meine Bitte um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag Frühauf wird hierauf abgelehnt.

Bei dem nächsten Titel (Besoldungen und Lokalzulagen der Konsulatsbeamten) regt Abg. Schmidt (Stettin) die Frage an, ob es nicht möglich sei, den deutschen Kapitänen gegen die im newyorker Hafen regelmäßig stattfindenden Desertionen ihrer Seeleute eine wirksame Hilfe zu gewähren. Abg. Kapp erklärt, daß die Konsuln unmöglich mehr dagegen thun könnten, als sie bereits leisteten. Die Schwierigkeit liege in dem englisch-amerikanischen Recht, welches von den Parteien die gerichtliche Gestellung der von ihnen zur Verantwortung gezogenen Personen verlange, Ministerial-Direktor v. Philippsborn bestätigt ebenfalls, daß der Uebelstand in den lokalen Verhältnissen Newyorks begründet sei.

Die übrigen Titel des Etats des auswärtigen Amtes werden ohne Debatte genehmigt. Für die Ausgrabungen bei Olympia sind 171,000 Mark angesetzt — eine Ausgabe, über welche die Abg. Römer (Hildesheim) und von Dücker lebhafte Befriedigung äußern.

Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds, der unverändert genehmigt wird, richtet Abg. von Bernuth an die Reichsregierung die Anfrage, wie weit die Arbeiten für den längst verheißenen Gesetzentwurf über die Pensionen für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten gediehen seien. Geh. Rath Michaelis erwidert, daß der Entwurf bereits zur gutachtlichen Aeußerung den einzelnen Regierungen zugestellt worden sei. In dieser Session werde er jedoch nicht mehr vorgelegt werden.

Die beiden Titel der Ausgaben des Etats der Reichsschuld und die drei der Einnahme aus den Zinsen der belegten Reichsgelder werden wegen der nahen Verbindung dieser Gegenstände mit dem Etatsgesetz auf den Antrag des Abg. Richter (Hagen) der Budgetkommission, in welcher sich bekanntlich das Etatgesetz bereits befindet, zur Berichterstattung überwiesen.

Zu den Einnahmen aus dem Ueberschuß aus dem Etat von 1873 bemerkt Abg. Grumbrecht, daß die Genehmigung derselben nur vorbehaltlich einer anderweiten in Folge der von der Budgetkommission gefaßten Beschlüsse, etwa nothwendig werdenden Feststellung erfolgen könne.

Zu dem Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und Luxemburg hat Abg. Elben die Resolution beantragt dem Reichskanzler anheimzugeben, daß inskünftige als Grundlage für die Betriebsresultate der Reichseisenbahnen die Summe angenommen werde, welche sich aus der dem Etat pro 1875 angeschlossenen Berechnung der ursprünglichen Herstellungskosten der im Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 erworbenen Bahnstrecken und aus den bisherigen und künftigen Verwendungen auf die Reichseisenbahnen und die Wilhelm-Luxemburg-Bahn ergiebt.

Die Resolution wird, nachdem Abg. v. Unruh sie als überflüssig oder gar als bedenklich dargestellt hat, fast einstimmig abgelehnt, worauf das Haus sich um $4\frac{1}{2}$ Uhr bis Montag 12 Uhr vertagt (Etatsberathung, Einführung der Maß- und Gerichtsordnung, Stempelpflichtigkeit der Rechnungen und Einführung der Reichsgesetze in den Reichslanden; zweite Berathung des Gesetzes, betreffend die Steuerfreiheit des Reichseinkommens.)

Brief- und Zeitungsberichte.

⚭ **Berlin**, 6. Dezember. Gegenüber verschiedenen Gerüchten kann ich Ihnen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß Professor v. Holtzendorff in München als dritter Vertheidiger des Grafen Arnim fungiren wird. — Professor Dr. Marquardsen in Erlangen soll es abgelehnt haben, dieses Mandat anzunehmen. — Das Gerücht von einer Vertagung des Termins, welche der Staatsanwalt beantragt haben soll, ist aus der Luft gegriffen; es findet die öffentliche Verhandlung am 9. Dezember statt.

□ **Berlin**, 6. Dez. Die Regierung ist entschlossen, noch energischer gegen die ultramontane Propaganda vorzugehen und vor allen Dingen den jesuitischen Institutionen ein ganz besonderes Interesse zuzuwenden. Hierzu gehören besonders die Gebetsvereinigungen, für welche augenblicklich in den katholischen Kreisen große Anstrengungen gemacht werden. — Man erwartet, daß der Zurdispositionsstellung des Ober-Präsidenten von Nordenflycht noch weitere Beamtenveränderungen folgen werden.

Breslau, 5. Dezember. Freiherr v. Nordenflycht hat heute aus Anlaß seiner Abberufung vom Oberpräsidium unserer Provinz einen längeren Besuch des Fürstbischofs von Breslau erhalten. Ebenso sind bei dem zur Disposition gestellten Dignitar auch zahlreiche Karten abgegeben worden.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Vereinsbank Quistorp u. Co.** Herr Heinrich Quistorp hatte sämmtliche Gläubiger dieser Gesellschaft zu einer Versammlung für den 3. d. Mts. nach Berlin eingeladen, um die im gemeinschaftlichen Interesse zur baldigen Beseitigung des Konkursverfahrens erforderlichen weiteren Schritte zu vereinbaren. Die „N. Berl. Börs.-Ztg." berichtet über den Verlauf dieser Versammlung wie folgt: „Den Vorsitz der Versammlung übernahm Herr Heinrich Quistorp selbst. Er bat um die Unterstützung der Gläubiger, wie die Commanditisten sie bereits in einer früheren Versammlung zugesagt haben, dahin zu wirken, das Konkursverfahren der Vereinsbank zu beseitigen. Hr. Rechtsanwalt Gühler aus Charlottenburg verlas die bekannten von Herrn Quistorp dem kgl. Stadtgerichte im Interesse der Vereinsbank gemachten Akkord-Vorschläge. Das Stadtgericht erkennt jedoch Herrn Quistorp nicht allein zur Stellung von Akkordvorschlägen legitimirt, vielmehr daß sämmtliche Aktionäre diesen Anträgen beitreten müssen. Später hat das Stadtgericht noch direkter ausgesprochen, daß es Herrn Heinrich Quistorp, in Folge des Konkurses, gar nicht mehr als allein persönlich haftenden Gesellschafter der Commanditgesellschaft betrachte. Gegen diese beiden Verfügungen des kgl. Stadtgerichts hat Hr. Quistorp die Entscheidung des Kammergerichts angerufen. Hr. Konsul Pactow wie Herr Rechtsanwalt Gühler, Bankier Wilhelm Wolff sprachen sich entschieden gegen die Verfügung des Stadtgerichts, Herr Direktor Ludewig für dieselben aus. Auf die Frage, wie Herr Quistorp die rechtzeitigen Zahlungen der Akkordraten und Garantien leisten wolle, erklärte er, daß er für die Raten selbst die Garantie in die Hände der Liquidatoren gelegt habe, für die Zinszahlung würde er, wenn nöthig, Bürgen stellen. Herr Direktor Ludewig betonte, daß große Vorsicht Noth thue, denn die Sicherung der Forderungen der Gläubiger ist beim Stadtgericht eine unbedingt volle, und für die Aktionäre sicher 50 pCt., von dort aus zu erwarten. Das Stadtgericht biete unbedingt für das was da ist, jedwede Garantie. Die Versammlung beschloß schließlich, eine Kommission zu ernennen, gemeinsame Schritte zu thun, auf die beste und schnellste Weise, den Konkurs zu Ende zu bringen. Diese Schritte, die sie zu unternehmen gedenke, soll die Kommission einer demnächst wiederum zusammen zu berufenden Versammlung der Gläubiger zur Beschlußnahme vorlegen. Gewählt in diese sogenannte „Vertrauens-Kommission" wurden die Herren Direktor Kaesemacher (Union, Chemische Fabrik) in Stettin, Killing (Westphalia) in Hagen (mit dem Rest der Substituirung) und Herr Freystadt in Berlin."

** **Niederschlesischer Kassenverein.** Das „Grünb. Wochenbl." schreibt vom 2. Dezember: In dem heute für den Verkauf der dem Niederschlesischen Kassenverein gehörigen früheren Aktien-Bierbrauerei und Spritfabrik anberaumten neuen Verkaufs-Termine wurde ein Gebot von 130,000 Thlr. abgegeben. Ob der Zuschlag zu diesem Preise ertheilt werden wird, war bei Schluß des Blattes noch nicht bekannt.

** **Wien,** 5. Dezember. Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betrugen vom 26. November bis zum 1. Dezember inkl. 589,004 Fl.,

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 7. Dezember.

STERN'S HOTEL DE l'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Gra Kwilecki a. Kobylnik, Beamter Berezecki a. Slupce, Bürger Dobrosowski a. Polen, Kaufmann Poetsch a. Leipzig.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Kaufmann Braun a. Rawicz, Landwirth Spitzen a. Gr. Golle b. Gnesen, Landwirth Kietzmann aus Wiela b. Gnesen, Gutsbesitzer Kiesewetter aus Gonsawa, Postsekretär Gladitz a. Halle a. S., Administrator Luedtke a. Komornik b. Posen.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Bauchwitz a. Landsberg a. W., Holde, Löffler, Kasper a. Berlin, Levy u. Frau a. Wongrowitz, Ehrlich a. Krotoschin, Friedmann a. Konin, Cohn a. Warschau, Friedel a. Breslau, Holde a. Krossen, Zielinski a. Barcin, Privatier Klenek aus Bukarest, die Fabrikanten Grundmann und Rachow aus Neudamm.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Leichtentritt a. Miloslaw, Bakasen a. Bromberg, v. Kukowski aus Wongrowitz, die Gutsbesitzer v. Korytowski a. Rogowo, Müller u. Frau a. Zdziechowice. Administrator Müller a. Bialkowo, Inspektor Nawrocki a. Borek, Rendant Bölling, Frau Direktor Lefèvre, Brennereiinspektor Aggert a. Tarnowo, Stadtsekretär Ranus a. Grätz, Werkführer Rotthous a. Elberfeld, Spediteur Kretschar aus Bromberg, Lehrer Kays aus Filehne, Professor Dr. Szenic aus Schrimm, Oekonom Blütchen aus Cottbus.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Rittergutsbesitzer von Kunowski a. Wiewiorczyn, Seminardirektor Vater a. Bromberg, Seminarlehrer Menze a. Bromberg, die Kaufl. Weißmann aus Frankfurt a. M., Caßriel a. Schrimm, Petsch a. Stettin, Straaß a. Bielefeld, Schnabel a. Breslau, Boelke a. Stettin, Moyer a. Berlin, Fröhlich a. Sagan, Lieutenant Graf Paasche, Kreisrichter Bobrek aus Grätz.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 6. Nov. Die Linke beschloß, vor Berathung der konstitutionellen Gesetzentwürfe die Auflösung der Nationalversammlung nicht zu beantragen. Die Linke hält die Ablehnung der Gesetzvorlagen für gewiß und hofft, das linke Zentrum werde in diesem Falle auch für die Auflösung stimmen.

Bayonne, 6. Dez. Loma landete mit 5000 Mann in San Sebastian. Salamanka soll gleichfalls von Bilbao aus gegen die Carlisten aufbrechen. Das Operationsziel ist die Verproviantirung Pamplona's.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 5. Dezbr., Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Dezember $18\frac{1}{12}$, pr. April-Mai 56 Mk. 30 Pf. Weizen pr. April-Mai 185 Mk. Roggen pr. Dezember $52\frac{1}{4}$, pr. April-Mai 150 Mk. Rüböl pr. Dezbr. $17\frac{1}{2}$, pr. April-Mai 56 Mk., pr. Juni-Juli 57 Mk. — Wetter: Trübe.

Bremen, 5 Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mk. 50 Pf. a 10 Mk. 40 Pf. bez. Großes Geschäft.

Hamburg, 5. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loko fest, aber ruhig, auf Termine fest, Roggen loko fest, aber ruhig, auf Termine besser. Weizen 126-pfd. pr. Dez 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Dez.-Jan. 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 188 B., 186 G., April-Mai 1000 Kilo netto 193 B., 192 G. — Roggen pr. Dezember 1000 Kilo netto 164 B., 162 G., pr. pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 162 B., 161 G., pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 160 Br., 159 G., April-Mai 1000 Kilo netto 155 Br., 154 G. Hafer u. Gerste fest, ruhig. Rüböl ruhig, loco u. pr. Dezember 56, pr. Mai pr. 200 Pfd. $57\frac{1}{2}$. Spiritus still, pr. Dezember 44, Febr.-März 45, pr. April-Mai $45\frac{1}{2}$, Mai-Juni pr. 100 L. 100 pCt. 46. Kaffee flau, Umsatz gering. Petroleum fest, Standard white loko 10, 25 B., 10, 00 G., pr. Dezember 10, 00 Gd. pr. Januar-März 10, 50 Gd., pr. Aug.-Dezember 11, 50 B. Wetter: Milde.

Köln, 5. Dezember, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter: Frost. Weizen besser, hiesiger loko 6, 25, fremder loko 6, 20, pr. pr. März 19 Mk. 15 Pf., pr. Mai 19 Mk. 15 Pf. Roggen höher, hiesiger loko 6, $7\frac{1}{2}$, pr. März 15 Mk. 45 Pf., pr. Mai 15 Mk. 15 Pf. Hafer fest, loco 6, $22\frac{1}{2}$, pr. März 18 Mk. 50 Pf., pr. Mai 18 Mk. 35 Pf. Rüböl still, loko $9\frac{8}{10}$, pr. Mai 31 Mk. 40 Pf

Liverpool, 4. Dezember, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Matt. Verschiffungen $\frac{1}{16}$ billiger.

Middl. Orleans $8\frac{1}{8}$, middling amerikan $7\frac{5}{8}$, fair Dhollerah $5\frac{1}{16}$, middl. fair Dhollerah $4\frac{3}{4}$, good middling Dhollerah $4\frac{1}{8}$, middl. Dhollerah $3\frac{7}{8}$, fair Bengal $4\frac{1}{8}$, fair Broach $5\frac{1}{8}$, new fair Domra $5\frac{1}{8}$, good fair Domra $5\frac{1}{2}$, fair Madras $4\frac{7}{8}$, fair Pernam 8, fair Smyrna $6\frac{1}{2}$, fair Egyptian $8\frac{1}{2}$.

Glasgow, 5. Dezember. Roheisen. Mixed numbers warrants 85 Sh 3 d.

Amsterdam, 5. Dezbr, Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen pr. März 275, per Mai 276. Roggen pr. März 189, pr. Mai —. Raps pr. Herbst 370 Fl. Rüböl loko —, pr. Herbst —, pr. Frühjahr —. Wetter: —.

Antwerpen, 5. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen behpt., dän. —. Roggen ruhig, inländ. —, Petersb —. Hafer unveränd., Riga $22\frac{3}{4}$, Gerste stetig, Odessa 18.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 26 bz. u. B., pr. Dezember $25\frac{1}{2}$ bz. u. B., pr. Januar 26 Br., pr. Februar $25\frac{1}{2}$ Br., pr. Januar-März 25 bz., $25\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Paris, 5. Dezember, Nachmittags. (Produktenmarkt.) Weizen fest, pr. Dezember 25, 50, pr. Januar-Febr. 25, 50, Januar-April 25, 50, März-Juni 26, 00. Mehl fest, pr. Dezember 54, 25 Jan.-Febr. 55, 00, pr. Januar-April 54, 00, pr. März-Juni 54, 75. Rüböl ruhig, pr. Dez. 74, 25, pr. Jan. 75, 00, Januar-April 76, 75, pr. Mai-August 78, 00. Spiritus fest, pr. Dezember 53, 75, Mai-August 57, 25. — Wetter: —.

Berlin, 5. Dezbr. Wind: S. Barometer 27, 11. Thermometer früh — 3° R. Witterung: heiter.

Roggen hat heute abermalige Fortschritte im Werthe gemacht; die Kauflust hat naher Lieferung ebensowohl als den entfernten Terminen Beachtung geschenkt. Zum Schluß war die Haltung etwas abgeschwächt, weil der Begehr befriedigt. Waare ist auch heute spärlich angeboten worden, der Handel blieb folglich beschränkt. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 53¼ Rt. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl fest. — Weizen ziemlich fest und höher, ermattete indessen später wieder und schließt wie gestern. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 62 Rt. per 1000 Kilogr. — Hafer loko fest gehalten Termine wenig verändert. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 62½ Rt. per 1000 Kilogr. — Rüböl ungelebt und eher etwas matter. — Petroleum. Gekündigt 100 Barrels. Kündigungspreis 7⅞ Rt. per 100 Kilogr. — Spiritus hat bei ziemlich fester Stimmung und mäßigem Umsatz sich im Werthe ein wenig gebessert.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 55—70 Rt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 61½—62 bz., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 191—190 Rm bz., Mai-Juni 192—191 Rm bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 51—59 Rt. nach Qual. gef., neuer russischer 53—53¼ ab Bahn bz., inländ. 56—58½ ab Bahn bz., per diesen Monat 53⅛—53⅜—53¼ bz., Dezbr.-Jan. —, Jan.-Febr. 155—156—155½ Rm. bz., Frühjahr 151—151½—151 Rm. bz., Mai-Juni —. — Gerste loko per 1000 Kilgr. 51—64 Rt. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 54—64 Rt. nach Qual. gef., ost- u. westpreuß. 58—62, neuer russ. 57—60, galiz. u. ungar. 55—59, pomm. u. meckl. 61—63 ab Bahn bz., per diesen Monat 62½ bz., Dez.-Jan. —, Frühjahr 176—176½—176 Rm. bz., Mai-Juni 173—173½—173 Rm. bz. — Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 66—78 Rt. nach Qual., Futterwaare 61—64 Rt. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. — — Leinöl loko per 1000 Kilogr. ohne Faß 20½ Rt. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 18⅛ Rt. bz., mit Faß —, per diesen Monat 18½ bz., Dezbr.-Januar —, April-Mai 57,6 Rm. bz., Mai-Juni 58 Rm. G., Sept.-Okt. 61½ Rm. bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loko 8½ Rt. bz., per diesen Monat 7⅞—11/12 bz., Jan. 23,3 Rm. bz., Febr. 23—23,2 Rm. bz., März —, April-Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 18 Rt. 15 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 18 Rt. 17—23 Sgr. bz., Jan.-Febr. — Rm. bz., April-Mai 58—58,3 Rm. bz., Mai-Juni 58,3—7 Rm. bz., Juni-Juli 59,5—7 Rm. bz., Juli-August 60,5—7 Rm. bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 9 5/12—9 Rt., Nr. 0 u. 1 8 5/12—8 Rt., Roggenmehl Nr. 0 8⅜—8⅛ Rt., Nr. 0 u. 1 7⅝—7¼ Rt. per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sack per diesen Monat 7 Rt. 23½—24 Sgr. bz., Januar 23,3 Rm. bz., Jan.-Febr. 23,2 Rm. bz., Febr.-März 23 Rm. bz., April-Mai 22,5 Rm. bz., Mai-Juni —. (B. u. H. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
5. Dezbr.	Nachm. 2	27" 9''' 76	— 3°7	SW 1	bedeckt. St.
5. „	Abnds. 10	27" 8''' 62	— 4°0	S 2	trübe. St.
6. „	Morgs. 6	27" 8''' 28	+ 0°8	W 2-3	bedeckt. St.
6. „	Nachm. 2	27" 8''' 28	+ 3 0	S 2	bedeckt. Ni.
6. „	Abnds. 10	27" 7''' 74	+ 2°4	SSW 2	trübe. St.
7. „	Morgs. 6	27" 4''' 60	+ 4°6	SW 3	trübe. St., Cu-st.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5 Dezbr. 1874 12 Uhr Mittags 0,36 Meter.
„ „ 6 „ „ „ „ „ 0,36 „

Breslau, 5 Dezember.
Günstig.

Freiburger 104. do. junge —. Oberschles. 164. R. Oder-Ufer St. A. 116¾. do. do. Prioritäten 115¼. Franzosen 186. Lombarden 78½. Italiener —. Silberrente 68⅛. Rumänier 34⅝. Breslauer Diskontobank 88½. do. Wechslerbank 79. Schles. Bankv. 109⅝. Kreditaktien 140. Laurahütte 136¾. Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Bankn. 91⅞. Russ. Banknoten 94 11/16. Bresl. Maklerbank —. do. Makl.-V.-B. —. Prov.-Maklerb. —. Schles. Vereinsbank 92½. Ostdeutsche Bank — Bresl. Prov.-Wechslerb. 69½.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 6. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Sehr fest und ziemlich lebhaft. Diskont — pCt.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel —. Pariser Wechsel —. Wiener Wechsel —. Franzosen 326. Böhm. Westb. 209¼. Lombarden 137½. Galizier 256. Elisabethbahn 202¾. Nordwestbahn 149. Kreditaktien 244¼. Russ. Bodenkredit —. Russen 1872 —. Silberrente 68¼. Papierrente 63⅝. 1860er Loose 109⅝. 1864er Loose 169. Amerikaner de 82 97¾. Deutsch-österreich. —. Berliner Bankverein —. Frankfurter Bankverein 86½. do. Wechslerbank 82⅞. Bankaktien —. Meininger Bank 97⅞. Hahn'sche Effektenbank 116⅛.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 244⅜, Franzosen 326, Lombarden 137⅝.

Frankfurt a. M., 5. Dezbr., Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 244½, Franz. 327¼, Lombarden 137¼, Silberrente —. Sehr fest und lebhaft.

Wien, 5. Dez. Weitere Baisse der Bauwerthe und mattere Meldungen aus Berlin, sowie Realisirungen wirkten ermattend, nur Renten und Bahnen besser.

Nachbörse: Kreditaktien 236, 00, Franzosen 309, 50, Lombarden 129, 50, Unionbank 113, 00, Anglo-Austr. 139, 25.

[Schlußcourse.] Papierrente 69, 65. Silberrente 74, 65. 1854er Loose 103, 70. Bankaktien 996, 00. Nordbahn —. Kreditaktien 235, 50. Franzosen 309, 50. Galizier 244, 00. Nordwestbahn 142, 00. do. Lit. B. 62, 50. London 110, 75. Paris 44, 15. Frankfurt 92, 40. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 167, 50. 1860er Loose 109, 70. Lomb. Eisenbahn 129, 50. 1864er Loose 134, 20. Unionbank 112, 50. Anglo-Austr. 139, 00. Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 91. Dukaten 5, 25. Silberkoup. 105, 75. Elisabethbahn 193, 00. Ungarische Prämienanleihe 80, 20. Preußische Banknoten 1, 63½.

Wien, 5. Dezbr., Nachmitt. Kreditaktien 235,75, Franzosen 309,00, Galizier 244,00, Anglo-Austr. 139,25, Unionbank 113,25, Nordwestbahn 141,75, Lombarden 129,50, Papierrente 69,60, Silberrente 74,50, Napoleons 8, 91.

London, 5. Dezember, Nachmittags 4 Uhr.
In die Bank flossen heute — Pfd. Sterl.
Platzdiskont 5½ pCt.
6proz. ungar. Schatzbonds 30½.

Konsols 90½. Italien. 5proz. Rente 67 11/16. Lombarden 11⅝. 5proz. Russen de 1871 99½. 5proz. Russ. de 1872 99½. Silber 57¾. Türk. Anleihe de 1865 44 11/16. 6proz. Türken de 1869 54⅛. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1882 102⅝. do. 5 pCt. fundirte 103. Oesterreich. Silberrente 68. Oesterr. Papierrente 62¼.

Paris, 5. Dezember, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 62,87½, Anleihe de 1872 99, 35, Italiener 68, 25, Franzosen 693, 75, Lombarden 291, 25, Türken 45, 20. —.

Paris, 5. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Fest.

[Schlußkurse.] 3 proz. Rente 62, 65. Anleihe de 1872 99, 30. Ital. 5proz. Rente 68, 20. Ital. Tabaksaktien — —. Franzosen 696, 25. Lombard. Eisenbahn-Aktien 291, 25. Lombard. Prioritäten 251, 00. Türken de 1865 45, 07. Türken de 1869 274, 00. Türkenloose 124, 25.

New-York, 5. Dezember, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 11¾, niedrigste 11½. Wechsel auf London in Gold 4 D. 85½ C. Goldagio 11⅝. 5/20 Bonds de 1885 116⅞. do. neue 5proz. fundirte 112⅞. 5/20 Bonds de 1887 119⅞. Erie-Bahn 26¾. Zentral-Pacific 96¾. New-York Zentralbahn 101¾. Baumwollen in New-York 14⅝. Baumwolle in New-Orleans 14¼. Mehl 5 D. 15 C. Raffin. Petroleum in New-York 10¾. do. Phadelphia 10½. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 23 C. Mais (old mixed) 93 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8⅛. Kaffee (Rio-) 17¾. Getreidefracht —.

Berlin, 5. Dezember. Die Haltung der Börse war auch heute als recht fest zu bezeichnen. Gestützt auf die günstig eintreffenden auswärtigen Notirungen setzten die Course auf spekulativem Gebiet fest ein und konnten sich gut behaupten, theilweise sich etwas besser stellen. Um die Mitte der Börsenzeit machte sich periodisch eine Abschwächung der Stimmung bemerkbar, die aber gegen Schluß wieder von fester Tendenz abgelöst wurde.

Der Kapitalsmarkt zeigte gleichfalls eine günstigere Gestaltung, für solide Anlagewerthe ergab sich regerer Begehr; auch die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige verkehrten etwas lebhafter und im Ganzen auf behauptetem Niveau.

Die Umsätze gewannen zwar etwas größere Ausdehnung, als in letzter Zeit, ohne doch gerade belangreich genannt werden zu können. Der Geldmarkt erhält sich unverändert flüssig, im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto 4 pCt.

Von den österreichischen Spekulationspapieren nahmen heute Franzosen die Aufmerksamkeit hervorragend in Anspruch und wurden zu etwas höheren Coursen ziemlich lebhaft umgesetzt. Kreditaktien waren recht fest und traten gleichfalls in guten Verkehr, während Lombarden wenig verändert und vernachlässigt waren.

Die fremden Fonds und Renten hatten in fester Haltung mäßige Umsätze für sich. Belebt waren Italiener, Oesterreichische Renten und Loose bei steigender Tendenz. Russische Pfundanleihen und Bodenkredit-Pfandbriefe blieben fest und still, Prämienanleihen waren matter.

Deutsche und Preußische Staatsfonds, sowie landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe erfreuten sich theilweise regeren Verkehrs zu fast unveränderten Coursen. Prioritäten blieben behauptet und ruhig; einige Preußische 4½- und 5prozentige erfuhren lebhaftere Nachfrage.

Auf dem Eisenbahnmarkte kam ziemlich lebhaftes Geschäft zu festen oder besseren Coursen zur Entwickelung.

Von Preußischen Werthen sind besonders die Rheinisch-Westfälischen Devisen, Berlin-Potsdam, Berlin-Anhalt, Stettin und Magdeburg-Halberstadt als höher und verhältnißmäßig lebhaft zu verzeichnen.

Auch leichte inländische Aktien wie Halle-Sorau-Gubener, Hannover-Altenbekener und Märkisch-Posener gingen etwas lebhafter um.

Oesterreichische Nebenbahnen waren behauptet und ruhig; Galizier anfangs fest, später weichend aber ziemlich lebhaft, Nordwestbahn still. Rumänische Aktien waren recht fest und ziemlich belebt; Schweizer Bahnen höher.

Bankaktien und Industriepapiere blieben im Allgemeinen ruhig und fest; spekulative Hauptdevisen wie Diskonto-Kommandit-Antheile, Darmstädter Bank, Preußische Boden-Kreditbank rc.; Dortmunder Union, Laurahütte und andere Montanwerthe wurden zu steigenden Coursen lebhafter gehandelt.

Fonds- u. Actienbörse

Berlin, den 5. Dezember 1874.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	105⅜ bz
Staats-Anleihe	4½	100⅛ bz
do. do.	4	— —
Staatsschuldsch.	3½	91⅜ bz
Prm.St.Anl. 1855	3½	128½ G
Kurh. 40Thlr.Obl.	—	75 G
K. u. Neum.Schld.	3½	94⅛ bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	101½ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	102½ bz
do. do.	4½	— —
do. do.	3½	90 G
Berl. Börsen-Obl.	5	100¼ G
Pfandbriefe: Berliner	4½	100⅝ B
do.	5	105⅛ bz
Kur- u. Neum.	3½	87¼ G
do. do.	4	86 G
do. neue	4½	102½ G
Ostpreußische	3½	87 G
do. do.	4	96 bz
do. do.	4½	101⅞ bz
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	86¾ bz
do. neue	4	94¾ bz
Posensche neu	4	93 7/16 bz
Schlesische	3½	85⅜ G
Westpreußische	3½	86⅜ B
do. do.	4	95¼ G
do. Neuland.	4	94¼ B
do. do.	4½	100⅛ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	98⅛ G
Pommersche	4	97½ bz
Posensche	4	97[illegible] bz
Preußische	4	97¾ G
Rhein.-Westf.	4	98½ G
Sächsische	4	98⅜ B
Schlesische	4	97⅜ G
Goth.Pr.-Pfdbr. I.	5	106¾ bz II. 104¾ bz
Pr.Bd.Crd.-Hyp.-B. unkündb. I. u. II.	5	102½ bz
Pomm.Hyp.Pr.B.	5	102½ bz
Pr.Ctlb.-Pfdb.kdb.	4½	100⅛ bz
do. (110rückz.)unk.	5	106⅝ bz
Krupp Pt.-O.rückz.	5	100⅛ bz B
Rhein. Prov.-Obl.	4½	101 B
Anhalt. Rentenbr.	4	97½ G
Meininger Loose	—	5⅙ G
Mein.Hyp.Pfd.B.	4	101 B
Hmb.Pr.A. v.1866	3	54¼ bz
Oldenburger Loose	3	41⅜ B
Bad.St.-A. v.1866	4½	102½ G
do.Eisb.-P.-A.v.67	4	116¾ G
Neuebad.35fl.Loose	—	40¾ B
Badische St.-Anl.	4½	104¼ G
Bair. Pr.-Anleihe.	4	118 G
Dess.St.-Präm.-A.	3½	111¼ G
Lübecker do.	3½	56 G
Mecklenb. Schuldv.	3½	88¼ bz fl. —
Köln-Mind. P.-A.	3½	102⅝ G

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103⅝ bz
do. do. 1882 gek.	6	97¾ G
do. do. 1885	6	101⅝ G
Newyork. Stadt-A.	7	99¾ bz
do. Goldanleihe	6	98⅞ bz
Finnl. 10Thl. Loose	—	12¼ B
Italienische Anl.	5	66⅞ bz G
do. Tabaks-Obl.	6	98⅞ G
do. do.Anl.70prz.	6	584 G
Oester. Pap.-Rente	4⅕	63 13/16 bz
do. Silberrente	4⅕	68 3/16 bz
do. 250fl.Pr.Obl.	4	108 G
do. 100 fl.Kred.-L.	—	113½ bz
do. Loose 1860	5	109½ bz
do. Pr.-Sch.1864	—	98⅞ G
do. Bodenkr.-G.	5	87½ G
Poln. Schatz-Obl.	4	86⅜ G
do. Cert.A. 300fl.	5	93⅛ bz
do. Pfdbr.III.Em	4	82½ G
do. Part.O.500fl.	4	107¾ G
do. Liqu.-Pfandb.	4	69⅜ bz
Raab-Grazer Loose	4	81¼ G
Franz. Anl. 71. 72.	5	100 bz
Bukar. 20Frcs.-Lse.	—	—
Rumän. Anleihe	8	103 G fl. 103¾ bz
Russ.Bodenkr.Pfd.	5	89¼ G
do. Nicolai-Obl.	4	85½ G
Russ.-engl. A. v.62	5	101⅝ G
do. „ „	3	73½ G
do. „ „ v.70	5	102⅝ bz
do. „ „ v.71	5	100½ bz
do. 5. Stiegl.Anl.	5	86¼ G
do. 6. „ „	5	96 G
do.Prm.Anl.de64	5	165 bz
do. „ „ 66	5	158 G
Türk. Anleihe 1865	5	44 bz
do. do. 1869	6	54¼ B
do. do. kleine	6	54½ bz
do. Loose (vollg.)	3	125½ bz
Ungarische Loose	—	54½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Bk.f.Sprit(Wrede)	7½	59 G
Barm. Bankverein	5	87¾ B
Berg.-Märk. Bank	4	87⅜ G
Berliner Bank	4	78 G
do. Bankverein	5	84 bz
do. Kassenverein	4	294¾ G
do. Handelsges.	4	122 B
do. Wechslerbank	5	51¼ B
do.Prod.u.Hdlsbk.	3⅔	89 G
Bresl. Discontobk.	4	88⅛ G
Bk.f.Ldw.Kwilecki	5	55 G
Braunschw. Bank	4	117¼ G
Bremer Bank	4	116½ B
Ctralb. f. Ind. u. H.	5	76½ G
Centralb. f. Bauten	5	60½ G
Coburg. Creditbank	4	83 bz
Danziger Privatbk.	4	116¼ B
Darmstädter Kred.	4	154¾ G
do. Zettelbank	4	106¼ G
Dessauer Kreditbk.	4	100 B
Berl Depositenbank	5	95⅝ G
Deutsche Unionsbk.	4	79 G
Disc. Commandit	4	179 bz
Genf. Credbk.i.Liq.	—	5⅝ G
Geraer Bank	4	107⅜ G
Gewb. H. Schuster	4	71 G
Gothaer Privatbk.	4	111 G
Hannoversche Bank	4	108½ B
KönigsbergerV.-B.	4	80⅛ G
Leipziger Kreditbk.	4	158¾ bz
Luxemburger Bank	4	114⅞ B
Magdeb. Privatbk.	4	109 B
Meininger Kredbk.	4	97¾ bz
Moldauer Landesb.	4	50 B
Norddeutsche Bank	4	148 G
Nordd.Gr.Cr.A.-B.	7¼	103¼ G
Ostdeutsche Bank	4	78⅞ B
do. Produktenbk.	4	11 G
Oesterr. Kreditbank	5	139⅜ bz
Posener Prov.-Bk.	4	108 G
do.Prov.Wechsl.Bk.	4	[illegible] G
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	108 G
do. Bankantheile	4½	161 bz
do. Ctr.-Bd.40pr.	5	120½ bz
Rostocker Bank	4	111½ B
Sächsische Bank	4	125⅞ bz
Schles. Bankverein	4	109 G
Thüringer Bank	4	100½ G
Weimarische Bank	4	89⅞ bz
Prß.Hyp.Versicher.	4	128⅛ G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91 G
do. II. Em.	5	98½ G
do. III. Em.	5	98¼ G
Bergisch-Märkisch.	4½	100 B
do. II.Ser.(conv.)	4½	99¾ B
III. Ser. 3 v.St.g.	3½	85¾ B
do. Lit. B.	3½	85¾ B
do. IV. Ser.	4½	100 G
do. V. Ser.	4½	100 B
do. VI. Ser.	4½	100 B
do. Düsseld.-Elb.	4	92 B
do. II. Ser.	4½	— —
do. Dortm.-Soest		91½ G
do. II. Ser.	4½	98 G
do. (Nordbahn)	5	102½ G
Berlin-Anhalt	4	97½ bz G
do. do.	4½	100¼ G
do. Lit. B.	4½	100¼ G
Berlin-Görlitz	5	102¾ G
Berlin-Hamburg	4	95 B
do. II. Em.	4	94½ G
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit A. u. B.	4	92½ G
do. Lit. C	4	92¼ G
Berl.-Stett.II.Em.	4	93½ bz
do. III. Em.	4	93½ bz
do. IV. S.v.St.g.	4½	103 bz
do. VI. Ser. do.	4	93¼ G
Bresl.-Schw.-Frb.	4½	99⅜ bz
Köln-Krefeld	4½	98 G
Köln-Mind. I.Em.	4½	101½ B
do. II. Em.	5	104¼ G
do. do.	4	96 B
do. III. Em.	4	93 G
Cöln-Mnd.IV.Em	4½	94 G
do. V.Em.	4	93⅜ G
Halle-Sorau-Gub.	5	98¾ G
Märkisch-Posener	5	101½ G
Magdeb.-Halberst.	4½	100⅛ G
do. do. 1865	4½	100⅛ G
do. do. 1873	4½	100⅜ G
do. Wittenb.	3	72½ bz
Niederschl.-Märk.	4	97½ bz
do.II.S.a62½thlr.	4	94½ G
do. c. I. u. II. Sr.	4	97½ B
do. con. III. Ser.	4	97½ bz
Oberschl. Lit A.	5	93⅜ B
do. do. B.	3½	85½ G
do. do. C.	4	93 B
do. do. D.	4	93 G
do. do. E.	3½	85½ B
do. do. F.	4½	100½ G
do. do. G.	4½	100 B
do. do. H.	4½	100¾ bz
do. Em. v. 1869	5	103¼ G
Brieg-Neisse	4½	98½ B
Kosel-Oderberg	4	93½ G
do. III. Em.	5	103¼ G
Niederschl. Zweigb.	3½	80 G
Stargard-Posen	4	94 B
do. II. Em.	4½	100⅛ bz G
do. III. Em.	4½	100⅛ bz G
Ostpreuß. Südbhn.	5	103¾ B
RechteOder-Ufer I.	5	102⅞ G
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93¼ G
do. v. Staate gar.	4	89 G
do.III. v.1858 u.60	3½	100½ B
do. 1862, 64, 65	4½	100½ B
Rhein-Nah.v.St.g.	4½	102 bz
do. II. Em.	4½	102 bz
Schleswig	4½	99 G
Thüringer I. Ser.	4½	93¾ B
do. II. Ser.	4	100¼ G
do. III. Ser.	4½	93¾ B
do. IV. u. V. Ser.	4	100⅛ bz
Galz. Carl-Ludwb.	4½	93¾ B
Kaschau-Oderberg	5	77¾ bz
Ostrau-Friedland	5	76¼ G
Ungar.Nordostbhn.	5	64⅜ G
do. Ostbahn	5	61½ B
Lemberg Czernowitz	5	70 B
do. II. Em.	5	77 B
do. III. Em.	5	72⅛ B
Mähr.Grenzbahn	5	71⅛ B
Oesterr.-Franz.St.	4½	318 G
Oestr. Nordwestb.	5	86¾ G
Südöstr. Bhn (Lb.)	3	249 B
do. Lomb. Bons de 1875	6	101½ G
do. do. de 1876	6	101⅛ G
do. do. de 187/8	6	104⅛ B
Czarkow-Azow	5	99½ B
Jelez-Woronow	5	98¾ G
Kozlow-Woronow	5	99¾ G
Kursk-Charkow	5	99⅛ bz
Kursk-Kiew	5	99¾ G
Mosko-Rjäsan	5	100½ G
Rjäsan-Kozlow	5	100 G
Schuja-Jwanow	5	99 G
Warschau-Teresp.	5	99 B
kleine	5	99 G
Warschau-Wiener	5	98¾ bz
kleine	5	99¼ bz

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	28½ B
Altona-Kieler	5	114¾ G
Amsterd.-Rotterd.	4	104¼ bz
Bergisch-Märkische	4	84½ bz
Berlin-Anhalt	4	141⅛ bz
Berlin-Görlitz	4	77⅛ G
do. Stammpr.	5	99½ G
Balt. russ. (gar.)	3	53⅜ bz
Brest-Kiew	5	58 G
BreslauWarsch.S.	5	38½ G
Berlin-Hamburg	4	192 G
Berlin-Ptsd.-Mgd	4	91¼ G
Berlin-Stettin	4	144⅛ G
Böhm. Westbahn	5	89⅜ B
Brest-Grajewo	5	32 G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	103 G
Köln-Minden	4	128¼ bz
do. Lit. B.	5	107⅝ bz
Crefeld Kr.Kempen	5	3⅛ B
Galiz.Carl-Ludw.	5	107¾ bz
Halle-Sorau-Gub.	4	27¼ G
do. Stammpr.	5	49⅝ bz
Hann. Altenbeken	5½	22½ bz
Löbau-Zittau	3½	91 G
Lüttich-Limburg	4	11⅞ bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	183⅜ bz
Kronpr.-Rudolph	5	65⅝ G
Märkisch-Posen	4	28 bz B
do. St.-Prior.	5	62 bz
Magdeburg-Halb.	4	97½ bz
do. St.-Prior.B.	3½	72½ bz G
Magdeb.-Leipzig	4	250 bz
do. Lit. B.	4	92¼ B
Mainz-Ludwigsh.	4	132 G
Münster-Hammer	4	99 B
Niederschl.-Märk.	4	99 G
Nordh. Erf. gar.	4	53 B
do. Stammpr.	4	42 G
Oberhess. v.St.gar.	3½	71¼ G
Obers. Lt.A.C.u.D	3½	164 G
do. Litt. B.	3½	149⅞ G
Oestr.Frz.Staatsb.	5	184¾ bz
do. Südb.(Lomb.)	5	79 bz
Ostpeuß. Südbahn	4	38¾ B
do. Stammpr.	5	76 bz
Rechte Oderuferb.	5	116¾ bz
do. Stammpr.	5	115½ bz
Reichenberg-Pard.	4½	66½ B
Rheinische	4	137⅛ bz
do. Lit.B. v.St.g.	4	92¼ B
Rhein-Nahebahn	4	19 G
Russ.Eisb.v.St.gr.	5	103½ bz
Stargard-Posen	4½	101¼ G
Rum. Eisenbahn	5	34⅛ bz
Schweizer Westb.	4	21⅛ G
do. Union	4	7 bz G
Thüringer	4	118 G
do. B. gar.	4	90¾ bz B
Tamines Landen	4	3½ bz
Warschau-Wiener	5	90¾ G

Gold, Silber u. Papiergeld.

Louisdor	—	110⅜ G
Souvereigns	—	6 25 bz
Napoleonsdor	—	5 13½ G
Dollar	—	1 11⅞ G
Imperials	—	5 18⅜ G
Fremde Banknoten	—	99⅚ bz
do. (einl. i. Leipz.)	—	99⅚ bz
Oesterr.Banknoten	—	91 15/16 bz
do. Silbergulden	—	96½ G
Russ. Not. 100 R.	—	94⅝ bz

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk.	6	
Amsterd. 250fl. 8T.	3½	144⅜ bz
do. do. 2M.	3½	143⅝ G
London 1Lstr. 8T.	2	6. 25 3/16 bz
Paris 300 Fr. 8 T.	4	81⅔ bz
do. do. 2M.	5	80½ bz
Belg. Bankpl. 300 Fr 8 T.	4½	81⅔ B
do. 300 Fr. 2M.	4½	81 1/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	91 11/16 bz
do. do. 2M.	5	91 1/16 G
Augsb. 100fl. 2M.	5	56. 20 G
Leipzig100Thl. 8T.	5½	99¾ G
Petersb.100R.3W.	6	94 3/16 B
do. do. 3M.	6	93⅜ bz
Warsch. 100R. 8T.	6	94 9/16 bz

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	—	71 bz
Bazar-Actien	—	116 B
Bischweil.Tuch-Fb.	—	17 B
Berliner Papierfb.	—	46½ G
do. Bockbrauerei	—	68½ B
do.Brauer.Tivoli.	—	92½ bz
Brauer. Patzenhof.	—	103¾ G
Brauerei Moabit	—	60 B
Bresl.Br.(Wiesner	—	31¼ B
Deut. Stahl-J. A.	—	7⅛ G
Erdmannsd.Spin.	—	53 B
Elbing. M. Eisenb.	—	1⅝ G
Flora, A.-Ges.Berl	—	15 B
Forster, Tuchfabrik	—	44 B
Gummifbr. Fonrob	—	48¼ G
Hannov. Masch.G. (Egestorf)	—	59⅝ bz
Kön. u. Laurahütte	—	136⅝ bz
Königsberg.Vulkan	—	31½ G 32½ G
Mk-Schl.Maschin. Fabrik (Egells)	—	27 bz
Marienhütte	—	65 G
Münnich,Chemnitz	—	33 G
RedenhütteAkt.-G.	—	26½ bz
Saline u. Soolbad	—	39⅞ G
Schles.Lein Kramst	—	90 bz
Ver.Mgd. Spr.Br.	—	44 B
Wollbanku.Wollw.	—	44 B

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F.V.G.	—	2570 G
Aach.Rück-Vers.G.	—	580 G
Allg.Eisenb. Vs.G.	—	489 G
Berl.Ld.u.W.V G.	—	260 G
do. Feuer-Vers.G.	—	353 G
do. Hagel-Ass.-G	—	250 G
do. Lebens-V.-G.	—	680 G
Colonia, F.-V.-G.	—	1930 G
Concordia,L.-V.G.	—	675 G
Deutsche F.-V.-G	—	184 G
do. Trsp.-V.-G	—	140 G
Dresd.Allg.Trs.-V.	—	305 G
Düsseldorf. do.	—	380 B
Elberfeld. F.-V.G.	—	890 B
Fortuna, Allg.Vrs.	—	270 G
Germania,L.-V.G.	—	134 G
GladbacherF.V.G.	—	398 bz
Kölnische Hag V.G	—	125 B
do. Rückvers.Ges.	—	126 G
LeipzigerFeuerv.G.	—	1990 G
Magdb.All.Unf.V.	—	95 bz
do. Feuer-V.-G.	—	726 G
do.Hagel-Vers.G.	—	65 B
do. Lebens-V.-G.	—	101¼ B
do.Rückvers.-Ges.	—	162½ G
Mecklenb.Lebensvs.	—	— —
Nieder.Güt.Ass.G.	—	245 G
Nordstern,Leb.V.G	—	199 G
Preuß.Hagelvrs G.	—	90 B
do. Hyp.V.-A.G	—	129½ bz
do. Lebens-V.-G.	—	102 G
do. Nat.-Vers.G.	—	235 B
Providentia,V.-G.	—	160 G
Rhein.-Wstf.Lloyd.	—	— —
do. do.Rück-V.G.	—	60 G
Sächsische do. do.	—	62 G
Schles.Feuer-V.G.	—	199 B
Thuringia,Vers.G.	—	100½ B
Union, Hagel-Ges.	—	105 B
do. See- u. Fl.-V.	—	— —

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.